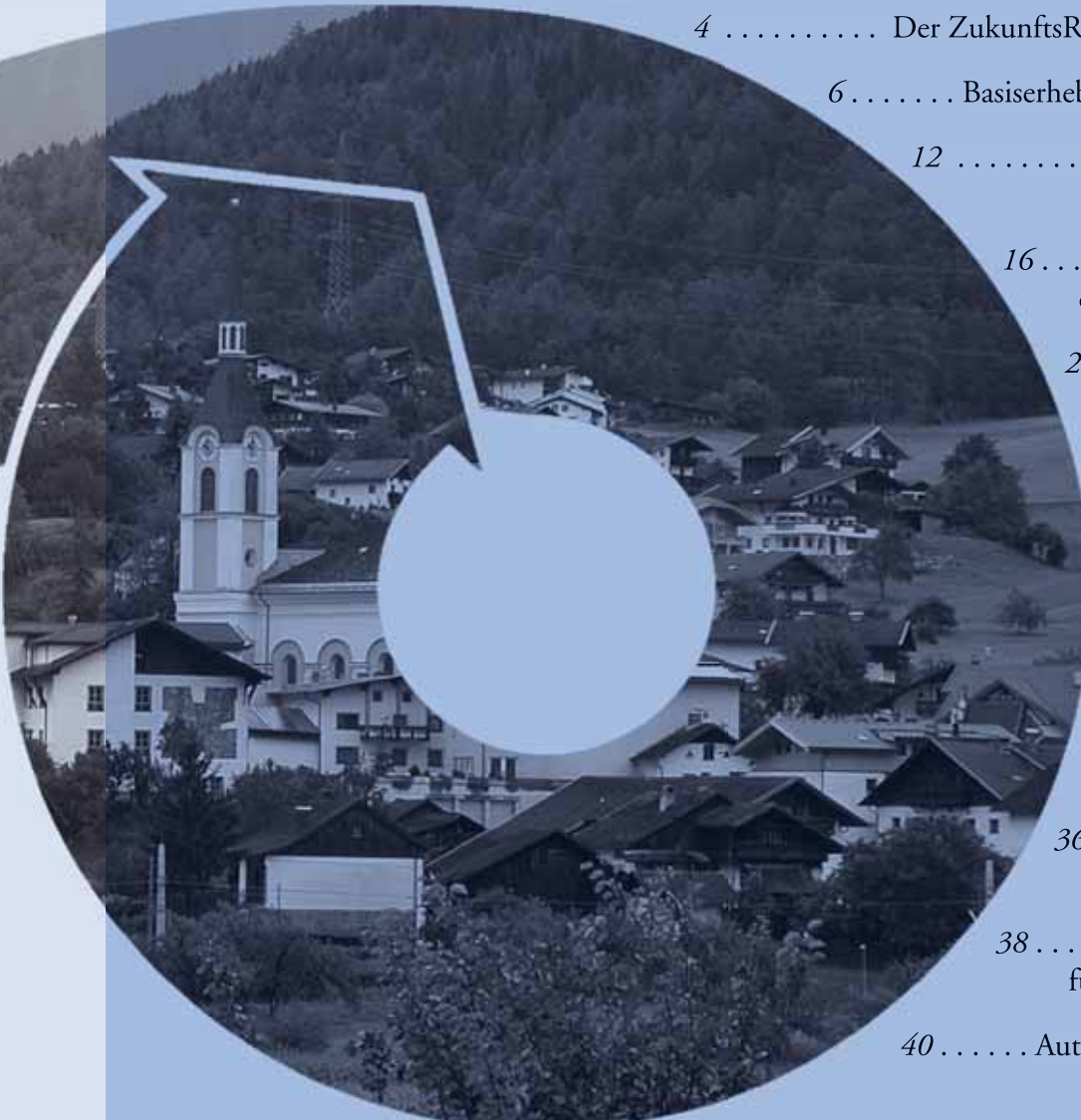


roinfo

Tiroler Raumordnung und Regionalentwicklung

Heft 30 · Dezember 2005

- 
- 4 Der ZukunftsRaum bewegt die Menschen
- 6 Basiserhebung zur Grundversorgung
- 12 Anforderungen an die
Daseinsvorsorge
- 16 ... Standortmarketing unter
dem Dach der Marke Tirol
- 20 STRAT.AT
- 23 Die räumliche
Struktur in Tirol
- 26 Die Zukunft
ländlicher Räume
- 30 .. EU-Regionalpolitik
in Tirol
- 34 . Netzwerk Gesundheit
Osttirol
- 36 .. Die Planungsverbände
stehen am Start
- 38 Siedlungserweiterung
für Harter Gemeindebürger
- 40 Automatisierte Landnutzungs-
kartierung aus Orthofotos



tirol

Unser Land.

Amt der Tiroler Landesregierung

inhalt themen

3	Herausgeberbrief	Franz Rauter
	Raumordnungs- und Regionalpolitik	
4	Der ZukunftsRaum bewegt die Menschen	LR Anna Hosp
	Im Brennpunkt	
6	Basiserhebung zur Grundversorgung der Tiroler Bevölkerung	Manfred Kaiser
12	Anforderungen der Bürger und der Wirtschaft an die Daseinsvorsorge	Manfred Riedl
	Standort Tirol	
16	Standortmarketing unter dem Dach der Marke Tirol Projekt „Standortstrategie Tirol 2006 bis 2010“	Michael Brandl
20	STRAT.AT Eine Strategie für starke Regionen	Franz Rauter
	Überörtliche Raumordnung	
23	Ein neuer Blick auf die räumliche Struktur in Tirol	Elmar Berkoldt
	Regionalentwicklung	
26	Die Zukunft ländlicher Räume: Veränderungen, Probleme, Handlungsstrategien	Helmut Hiess
30	Umsetzung der EU-Regionalpolitik in Tirol	Andrea Fink
34	Kompetenznetzwerk Gesundheit Osttirol	Liebgard Fuchs
	Regionale Raumordnung	
36	Die Planungsverbände stehen am Start	Gustav Schneider
	Örtliche Raumordnung	
38	Siedlungserweiterung für Harter Gemeindebürger in zentraler Lage	Hubert Höpperger
	Grundlagen der Raumordnung	
40	Automatisierte Landnutzungskartierung aus digitalen Orthofotos im Land Tirol	Jürgen Weichselbaum Christian Hoffmann
	Kurzmeldungen	
5	Statistisches Handbuch Tirol 2005	
11	TirolCITY	
11	Interesse am Tiroler Seilbahn- und Skigebietsprogramm auch in der Schweiz	
32	TIWAG Optionen: Auswahl von Projekten	

IMPRESSUM - *Medieninhaber (Verleger):* Amt der Tiroler Landesregierung, 6020 INNSBRUCK. *Schriftleitung:* Dipl.-Ing. Manfred Riedl. *Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Franz Rauter, Abteilung Raumordnung - Statistik, Heiliggeiststraße 7-9, 6020 INNSBRUCK, Tel. 0512/508-3602, Fax 0512/508-3605, E-Mail: raumordnung.statistik@tirol.gv.at *Layout:* John Walton, Fa. Graphik & Arts Studio, 6071 ALDRANS. *Umbruch und technische Abwicklung:* Gerhard Hahn. *Druck:* COLOR-TEAM Druck & Repro, Zirl.
RO-Info erscheint 2 mal jährlich. Einzelhefte oder Abo können schriftlich beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Raumordnung-Statistik, Heiliggeiststraße 7-9, 6020 INNSBRUCK, Fax 0512/508-3605, E-Mail: raumordnung.statistik@tirol.gv.at bestellt werden. *Kostensatz:* Einzelheft Euro 3,63 -, Abo-Preis für 2 Hefte Euro 7,26 -;
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol. Erklärung über die grundlegende Richtung: Information über Angelegenheiten der Raumordnung.



Kofinanziert aus den Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung

Liebe Leserinnen und Leser!

Kaum jemals zuvor hat es in Tirol ein so konzentriertes Anpacken wichtiger strategischer raumplanerischer Themen gegeben, wie in jüngster Zeit.

Das Leitprojekt „ZukunftsRaum Tirol“ rückt immer stärker ins Blickfeld. Landesrätin Dr. Anna Hosp bringt sich in den Ausarbeitungsprozess aktiv ein und beschreibt gleich im ersten Beitrag dieses Heftes die Eindrücke, die sie dabei empfangen hat.

Es ist faszinierend, aus eigener Erfahrung zu erleben, wie der „ZukunftsRaum Tirol“ allein schon durch die Ausarbeitung bereits Wirkungen entfaltet. Es wird plötzlich leichter, mit verschiedenen, aber in Wechselbeziehung stehenden Themen umzugehen und unterschiedliche Planungsprojekte aufeinander abzustimmen.

Beispielsweise gilt das auch für das Projekt „Standortmarketing Tirol“, das einen verstärkten Einsatz der Marke Tirol über den Tourismus hinaus und eine darauf abgestimmte Standortprofilierung des Landes zum Ziel hat. Michael Brandl stellt die Eckpunkte dieses von Landeshauptmann DDr. Herwig van Staa mit hoher Priorität ausgestatteten Vorhabens vor.

Querbezüge zum „ZukunftsRaum Tirol“ gibt es auch bei der Vorbereitung der neuen EU-Regionalförderungsprogramme für die Periode 2007 – 2013. Für diese wurde im Herbst eine gesamtösterreichische Rahmenstrategie erstellt. Dieses Dokument STRAT.AT darf ich Ihnen in einem eigenen Beitrag kurz vorstellen. Darauf aufbauend arbeiten wir inzwischen an unserem Tiroler Programm zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Die darin zu entwickelnde regionalpolitische Strategie Tirols knüpft wiederum an die Projekte „ZukunftsRaum“ und „Standortmarketing“ an.

Noch laufen allerdings die Regionalprogramme 2000 – 2006, und dies durchaus erfolgreich, wie Andrea Fink berichtet.

Fragen der Infrastruktur und der Versorgung sind einer der Themenschwerpunkte im „ZukunftsRaum Tirol“. Hier gute Lösungen zu entwickeln, erfordert auch einen klaren Blick auf die reale Situation. Als

Vorleistung hat unsere Landesstatistik daher eine landesweite Erhebung wichtiger Einrichtungen zur Grundversorgung der Bevölkerung durchgeführt. Manfred Kaiser gibt einen Einblick in die Ergebnisse. Konkret am Beispiel Osttirol stellt Manfred Riedl dieser Erhebung die Ergebnisse einer Befragung über die Zufriedenheit der BürgerInnen und der Wirtschaft mit der Daseinsvorsorge gegenüber. Es handelt sich dabei um erste Teilergebnisse des INTERREG IIIB-Projektes PUSEMOR, an dem auch Regionen außerhalb Tirols mitarbeiten.

Auf gesamtösterreichischer Ebene hat sich die ÖROK dieses Themas angenommen und soeben ein Projekt abgeschlossen, das die Erhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume zum Gegenstand hat. Helmut Hiess stellt wesentliche Ergebnisse vor.

Tirol ist von regionaler Vielfalt geprägt. Das hat auch Konsequenzen in Bezug auf unterschiedliche Entwicklungspotenziale. Das müssen wir auch im „ZukunftsRaum“ Tirol berücksichtigen. Dabei leistet eine von Elmar Berktold entwickelte Darstellung der unterschiedlichen Funktionstypen unseres Landesgebietes gute Dienste.

In Bezug auf räumliche Analyse arbeitet unser *tiris* gemeinsam mit privaten Partnern übrigens an einem innovativen Pilotprojekt, das Ihnen Jürgen Weichselbaum und Christian Hoffmann kurz vorstellen: es geht um die automatisierte Auswertung von Orthofotos in Bezug auf Landnutzungen.

Die Stärkung regionaler Zusammenarbeit ist eine ganz wesentliche raumordnungs- und regionalpolitische Zielsetzung. Mit den Planungsverbänden gemäß TROG wurde dafür ein wichtiges Werkzeug geschaffen. Diese stehen nun am Start, wie Gustav Schneider informiert.

Überhaupt nehmen regional vernetzte Aktivitäten in einem erfreulichen Maße zu. So soll beispielsweise in Osttirol ein Kompetenznetzwerk Gesundheit aufgebaut werden. Liebgard Fuchs schildert, worum es dabei konkret geht.

Ebenso ist es erfreulich, dass immer wie-

der auch von beispielgebenden Projekten im Bereich der örtlichen Raumordnung berichtet werden kann. Hubert Höpperger bittet diesmal die Gemeinde Hart i.Z. für ein gelungenes Siedlungserweiterungsvorhaben „vor den Vorhang“.

Ein inhaltsreiches Heft, durch dessen Themen sich wie ein roter Faden die Orientierung am ZukunftsRaum Tirol zieht, liegt vor Ihnen. Ich hoffe, Sie finden es ebenso spannend, wie wir.

Mit herzlichem Gruß



Franz Rauter



Der ZukunftsRaum bewegt die Menschen

Landesrätin Dr. Anna Hosp

Seit rund einem Jahr wird nun am ZukunftsRaum Tirol - dem Leitbild für Landesentwicklung - gearbeitet. Ich freue mich darüber, dass immer mehr Menschen die Gelegenheit nutzen, sich bei diesem „Nachdenken über Tirol“ zu beteiligen. Besonders schön finde ich es, dass sich hier nicht nur die Vertreter offizieller Stellen einbringen, sondern dass im zunehmenden Maße auch Stimmen aus der Bevölkerung zu hören sind. Wir sind also am besten Weg, eines der Teilziele dieses Projektes umzusetzen, nämlich die Arbeiten am ZukunftsRaum Tirol zu einem gemeinsamen Anliegen zu machen.



Im ersten Halbjahr 2005 standen noch die Arbeiten am Stärken- und Schwächenprofil unseres Landes, die Befassung mit Chancen und Risiken und vor allem die Formulierung von Grundprinzipien der Landesentwicklung im Vordergrund.

Dies mit der Absicht, eine gute Basis für die vertiefte Befassung mit speziellen wichtigen Themen zu schaffen. Diese Phase wurde zur Jahresmitte mit der Vorlage des ersten Zwischenberichtes termingerecht abgeschlossen.

Seit September sind nun über 100 Menschen in 4 Arbeitsgruppen damit befasst, zu wichtigen Themen der Landesentwicklung konkrete Positionen und Lösungsansätze zu entwickeln.

Arbeitsgruppen entwickeln Lösungsansätze

Es geht dabei um Siedlungen und Wirtschaftsstandorte, um Infrastruktur und Versorgung, um die Freiraumentwicklung und um die künftige Rolle von Regionen für die Entwicklung des Landes.

Personen aus verschiedensten gesellschaftlichen und beruflichen Bereichen sind in diese Arbeit eingebunden. Dementsprechend wird eine große Vielfalt an Meinungen und Standpunkten eingebracht. Projektleiter HR Mag. Franz Rauter mit seinem Team und die Arbeitsgruppenleiter DI Friedrich Rauch, Mag.(FH) Jochl Grießer, DI Dietmar Gstrein und Dr. Da-

niel Wibmer sind stark gefordert, mit dieser Vielfalt so umzugehen, dass „unterm Strich“ klare und umsetzbare Ergebnisse erzielt werden.

Reflexionsgruppen kommentieren die Ergebnisse

Diese Unterschiedlichkeit, Vielfalt und zum Teil auch Widersprüchlichkeit spiegelt gewissermaßen im kleinen Rahmen die Situation im ganzen Land wieder. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die vier Arbeitsgruppen bis zum März 2006 gute Lösungsansätze für die ihnen übertragenen Aufgabenstellungen vorlegen werden.

Unterstützt und gleichzeitig zusätzlich



gefordert werden sie dabei durch die Arbeit so genannter Reflexionsgruppen, in denen derzeit rund 200 Menschen aus unterschiedlichsten Bereichen der Bevölkerung und Wirtschaft mitarbeiten.

Aufgabe dieser Reflexionsgruppen ist es, die Zwischenergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen zu kommentieren, sowie auch neue Sichtweisen und Anregungen einzubringen. Sie geben so den Arbeitsgruppen ganz wesentliche Orientierungshilfen, damit sie mit ihrer Arbeit aus Sicht der Bevölkerung und Wirtschaft „den Punkt“ treffen. Damit leisten diese Reflexionsgruppen einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die Umsetzungstauglichkeit des Leitbildes Zukunfts-Raum Tirol.

Es ist geradezu spannend mitzuerleben, mit welcher Offenheit und welchem Engagement, zugleich aber auch mit welcher Sachlichkeit in diesen Reflexionsgruppen gearbeitet wird.

Um dies zu erreichen, gilt die klare Spielregel, dass die Arbeitsgruppenleiter und die Mitglieder der Arbeitsgruppen zwar an diesen Reflexionsrunden teilnehmen, sich dabei aber in der Kunst des Zuhörens üben. Das Feld gehört an diesen abendlichen Treffen ausschließlich den Reflexionsteilnehmern, die durch eine professionelle Moderation ermutigt werden, sich unbefangen und offen zu äußern und auch provokante und kritische Fragestellungen nicht zu scheuen.

Alle vorgebrachten Aspekte werden sorgsam protokolliert und dienen den jeweiligen Arbeitsgruppen als Unterstützung und ergänzender Auftrag für ihre Tätigkeit.

Diejenigen, die auf institutioneller bzw. behördlicher Ebene künftig die Hauptverantwortung für die Umsetzung des Leitbildes Zukunfts-Raum Tirol tragen werden, tun sich mit diesen Beteiligungsprozessen nicht immer ganz leicht. Das ist verständlich, werden teilweise doch auch deren Positionen in Frage gestellt und kommt es gelegentlich auch zu Meinungsäußerungen, denen doch sehr subjektive Sichtweisen zu Grunde liegen.

In dieser Verknüpfung des Handelns von Verantwortungsträgern einerseits sowie Bürgerinnen und Bürgern andererseits

liegt meines Erachtens aber die besondere Qualität dieses gemeinsamen Arbeitens am Zukunfts-Raum Tirol. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass auch bei einem Projekt von landesweiter Dimension Beteiligungsprozesse in einem vernünftigen Maß und in gut organisierter Weise möglich und sinnvoll sind.

Bürger melden sich zu Wort

Eine weitere Form der Beteiligungsmöglichkeit besteht über das Internet, wo in der Landeshomepage www.tirol.gv.at/ Zukunfts-Raum laufend Informationen über den Stand des Projektes angeboten werden. Hier wird auch die Möglichkeit angeboten, sich dazu online zu Wort zu melden. Alle auf diesem Weg einlangenden Äußerungen werden direkt beantwortet und fließen in die weitere Bearbeitung ein. Ich lade herzlich dazu ein, von dieser Möglichkeit weiterhin Gebrauch zu machen.

Breite Beteiligung steht bevor

Es ist ein sehr dichtes Programm, das die Projektverantwortlichen für den Zukunfts-Raum Tirol zu bewältigen haben. Wenn dann Ende März 2006 die ersten Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen vorliegen, wird der Kreis der Beteiligten nochmals erweitert. Dazu wird der Entwurf auf regionaler Ebene und im Rahmen von Veranstaltungen für verschiedenste gesellschaftliche Gruppierungen vorgestellt und es wird wiederum die Möglichkeit geben, sich dazu zu äußern und auf die weitere Bearbeitung direkt Einfluss zu nehmen. Dies alles mit dem Ziel, dem Zukunfts-Raum Tirol jene inhaltliche Substanz und jene Verankerung in den „Köpfen und Herzen“ zu geben, die er für eine erfolgreiche Umsetzung brauchen wird.

Dem bisherigen Projektfortschritt nach zu urteilen bin ich zuversichtlich, dass diese Anforderungen erfüllt werden. ■

www.tirol.gv.at/regierung

Statistisches Handbuch Tirol 2005

Erstmals wird von der Landesstatistik das „Statistische Handbuch Tirol 2005“ herausgegeben. Das Handbuch wird voraussichtlich im 1. Quartal 2006 erscheinen. In diesem Handbuch werden vielfältige Themen mit Tirolbezug in tabellarischer und grafischer Form vorgestellt.

In 27 Themenkreisen mit Definitionen und Quellenangaben werden die wichtigsten statistischen Daten für das Bundesland Tirol aufbereitet. Die verschiedenen Themen reichen von geografischen Angaben, Klima, Umwelt über Bevölkerung, Bildung, Arbeitsmarkt, Tourismus, Verkehr, Wohnbau bis Landes- und Gemeindefinanzen, Energie, Kultur, Sport, Land- und Forstwirtschaft und Wahlen. Das Blättern durch die Themen des Statistischen Handbuches zeigt, wie vielfältig und interessant die statistische Betrachtung Tirols ist. Wir hoffen, unsere LeserInnen sehen das ebenso.

Das „Statistische Handbuch Tirol 2005“ kann schriftlich beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Raumordnung-Statistik, Heiligegeiststraße 7-9, 6020 Innsbruck, per Fax: 0512/508-3605 oder per E-Mail: raumordnung-statistik@tirol.gv.at bestellt werden. Der Kostenersatz für das 400 Seiten umfassende „Statistische Handbuch Tirol 2005“ beträgt 19 Euro zzgl. Versandkosten. ■

www.tirol.gv.at/statistik

Basiserhebung zur Grundversorgung der Tiroler Bevölkerung

Manfred Kaiser

Im Auftrag von Landesrätin Anna Hosp hat die Abteilung Raumordnung-Statistik im heurigen Jahr eine Erhebung wichtiger Einrichtungen der Grundversorgung in den Tiroler Gemeinden durchgeführt. Über diverse Datenquellen (Gemeinden, Kammern, Internet, Elektronisches Telefonbuch) wurde ein Basis-Datenbestand erarbeitet, der Auskunft über die Existenz von bzw. den Versorgungsgrad der Bevölkerung mit Dienstleistungseinrichtungen wie Lebensmittelgeschäften, Tankstellen, Banken, Altenheimen, Apotheken, Ärzten, Postämtern, Polizeiinspektionen, Metzger, Bäcker, Kinderbetreuungseinrichtungen, usw.) gibt.

Diese Erhebung wird in dreijährigen Intervallen aktualisiert, womit zukünftig auch verlässliche Daten über die Entwicklung der Versorgungsstrukturen in Tirol vorliegen.

Das Merkmal „Adresse“ bildet einen wesentlichen Bestandteil der Erhebung. Im Zuge der Implementierung in *tiris* bietet sich daher die Möglichkeit, Standorte kartographisch abzubilden und „Versorgungslandkarten“ zu erstellen.

Grundversorgung ist ein Thema der Zukunft

Das „Funktionieren“ der Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen ist ein Thema von zunehmender Bedeutung. Vor allem in ländlichen Regionen aber auch im Stadtumland werden diesbezügliche Ausdünnungstendenzen mit Sorge gesehen. Im Gegensatz dazu steigt aber das Angebot in den Zentren. Jedenfalls werden klare Perspektiven für die künftige Entwicklung gefordert.

Das Thema Versorgung hat daher auch im aktuellen Leitprojekt der Tiroler Raumordnung „ZukunftsRaum Tirol“ einen



hohen Stellenwert. Darüber hinaus wurde von der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) kürzlich eine Studie fertig gestellt, die sich österreichweit mit der Erhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume in Bezug auf die Versorgung befasst.

Die nun zur Verfügung stehenden Daten leisten einen wichtigen Beitrag, dass die Diskussion über diese Problematik auf einer sachlichen Grundlage geführt werden kann. Die genannte ÖROK-Studie fordert die Erstellung einer derartigen Datenbasis ein, für Tirol liegt sie hiermit bereits vor. Die objektiven Daten über den Versorgungsgrad der Bevölkerung (und künftig auch über dessen Veränderung) sind umso wichtiger, als die Wahrnehmung dieses Themas durch die BürgerInnen sehr individuell und vielfach auch emotional geprägt ist. Ob die betroffenen Bürger das ermittelte Ausmaß an Versorgung als gut oder unbefriedigend empfinden, hängt darüber hinaus von den jeweiligen persönlichen Voraussetzungen und Bedürfnissen ab. Die gemeinsame Datenbasis wird für die Beurteilung von Problemsituationen und für die Suche nach guten Lösungen jedenfalls eine wertvolle Hilfe darstellen. Über den vorliegenden Schnellbericht hinaus werden diese Daten daher noch einer eingehenden Analyse unterzogen.

Das Gesamtergebnis zeigt fünf Typen von Gemeinden

Insgesamt hat die Abteilung Raumordnung – Statistik 8.217 Einrichtungen in 17 Hauptkategorien (und teilweise mehreren Unterkategorien) erfasst und die Tiroler Gemeinden – in Abhängigkeit des Merkmales „Gesamtsumme der pro Gemeinde verfügbaren Einrichtungen“ – zunächst in fünf Typen gegliedert. 15 Gemeinden (Innsbruck, Hall i.T., Imst, Jenbach, Kufstein, Landeck, Lienz, Mauterhorn, Reutte, Schwaz, St. Johann, Telfs, Wattens, Wörgl und Zirl) verfügen über mindestens 22 Einrichtungen der Daseinsvorsorge und erreichen damit die höchsten Werte 14 Gemeinden (Amlach, Faggen, Hinterhornbach, Kaisers, Kolsassberg, Namlos, Niederndorferberg, Pfafflar, Pfons, Rohrberg, St. Sigmund, Unterperfuss, Zellberg und Zöblen) verfügen neben dem Gemeindeamt über max. 3 weitere Institutionen.

133 Gemeinden (48 %) erreichen einen mittleren Versorgungsgrad und sind damit durch mindestens 9 bis maximal 16 Einrichtungen direkt versorgt.

Wie erwartet besitzen die Landeshauptstadt, die meisten Bezirkshauptorte und größtmäßig vergleichbare Gemeinden sowie die Tourismuszentren die größte

Zentralität, d. h. sie verfügen über die meisten Einrichtungen zur Grundversorgung der Bevölkerung. Hingegen ist im Umfeld dieser Zentren häufig ein geringer Versorgungsgrad festzustellen. Gleiches gilt vielfach in dünn besiedelten peripheren Gebieten.

588 Betriebe im Lebensmitteleinzelhandel

In Tirol sind 588 Betriebe dem Lebensmitteleinzelhandel (LEH) zuzurechnen, insgesamt verfügen diese über 266.400 m² Verkaufsfläche. Diese Betriebe verteilen sich auf 221 Gemeinden, d.h. 58 Gemeinden Tirols verfügen über kein eigenes Lebensmittelgeschäft. Mit 16 Gemeinden ohne Nahversorger weist der Bezirk Reutte die größten Versorgungslücken auf.

Bei der Beurteilung der Nahversorgungssituation ist zu beachten, dass Tirol über eine kleingemeindliche Struktur verfügt und dass es sich bei den Gemeinden ohne Nahversorger zum Teil um Berggemeinden handelt, welche funktional eng mit den angrenzenden Talgemeinden verbunden sind. Von den 58 Gemeinden ohne Nahversorger haben 23 weniger als 500 Einwohner (Stand 1.1.2005), 8 davon sind „Zwerggemeinden“ mit weniger als 250 Einwohner.

Die Durchschnittsgröße der LEH-Betriebe ist je nach Landesteil sehr verschieden, nach Bezirken liegt hier die Bandbreite zwischen 321 m² (Reutte) und 614 m² (Innsbruck) pro Betrieb. Auf Ebene der Planungsverbände zeigen sich die Unterschiede noch deutlicher: am kleinsten sind die Betriebe im Durchschnitt im Tannheimer Tal (148 m²), die größten Werte zeigt hier der Raum Kufstein und Umgebung mit 802 m².

Zur Größenstruktur im Tiroler LEH ist festzuhalten, dass die mittleren Betriebsgrößen sehr stark vertreten sind: das Segment 400 – 800 m² Verkaufsfläche umfasst 264 Betriebe (45 %) mit insgesamt 155.000 m² Verkaufsfläche (58 %). Zu dieser Größengruppe ist ein großer Teil der Super- und Discountmärkte Tirols zu zählen, lediglich in Innsbruck sowie in einzelnen größeren Gemeinden wie z.B. Telfs

Tabelle: Übersicht über die erfassten Einrichtungen

Einrichtung	Anzahl	Gemeinden	Zusatzmerkmal
Altenheim/Pflegeheim	84	64	Anteil Heim- bzw. Pflegeplätze
Apotheke	104	125	
Bäckerei	314	138	
Facharzt/Fachärztin	1.045	101	Fachrichtung (26)
Fleischhauerei	260	99	
Gasthaus	2.189	277	
Gemeindeamt	279	279	
Kinderbetreuung	518	270	Kindergarten, Krippe, Hort
Lebensmittelhandel	588	221	Verkaufsflächen
Pflichtschule	590	268	VS, HS, Poly, Sonder, AHS
Polizeiinspektion	92	72	
Postamt u.ä.	202	174	Partner, Service, Landzusteller
Praktische(r) Ärzt(in)	546	175	Hausapotheke, Kassenvertrag
Sparkasse, Bank	592	215	Servicepoints
Tankstelle	274	124	Shop
Veranstaltungssaal	390	259	Zahl der Sitzplätze
Wahlamt	150	131	
Erfasste Einrichtungen	8.217		

oder Wörgl haben diese Betriebsformen auch größere Verkaufsflächen.

Verbrauchermärkte mit einer Verkaufsfläche von über 1.500 m² sind in Tirol nur 12 vorhanden, allerdings entfallen auf diese Gruppe insgesamt 30.400 m² Verkaufsfläche (11 %).

Als Discountmarkt sind 43 der insgesamt 588 Betriebe einzustufen, in Summe haben diese 30.800 m² Verkaufsfläche (12 %).

Bei der Beurteilung der Ergebnisse ist darauf zu achten, dass sich der Anteil der Betriebsformen an der Gesamtverkaufsfläche nicht mit dem jeweiligen Marktanteil deckt. Letzterer war nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.

546 Praktische Ärzte in 175 Gemeinden

In Tirol sind zum Erhebungsstichpunkt 546 niedergelassene Praktische Ärzte in 175 Gemeinden tätig. Somit verfügen 62 % der Tiroler Gemeinden über mindestens einen Allgemeinmediziner im Ort, 104 Gemeinden sind nicht unmittelbar versorgt.

Tirolweit fallen auf einen Praktischen Arzt 1.268 Patienten. Bezogen auf die neuen Planungsverbände streuen die Versorgungsquoten zwischen unter 1.000 Personen in den Regionen Sonnenterasse (Fiss – Ladis – Serfaus), Leukental (Kitzbühel – St. Johann), Zwischentoren (Ehrwald bis Heiterwang) und Innsbruck auf der einen und Quoten von über 1.900 Personen im Westlichen Mittelgebirge (Mutters bis Grinzens), in den Regionen Wattens und Umgebung, Oberes und Oberstes Gericht (Faggen bis Nauders incl. Kaunertal) und Stubaital.

352 Zahnärzte in 91 Gemeinden

Etwa ein Drittel der Tiroler Gemeinden beherbergt im Oktober 2005 wenigstens einen Zahnarzt. Wiederum ein Drittel aller Tiroler Zahnärzte (116 Ärzte) hat seine Praxis in der Stadt Innsbruck.

Das bedeutet, dass die Innsbrucker Bevölkerung im gesamttiroler Vergleich zahnärztlich optimal versorgt sein dürfte, kommen doch auf einen Zahnarzt „nur“

Tabelle: Die Nahversorgung in den Bezirken Tirols

Bezirk	Anzahl Betriebe	Verkaufsfläche in qm	Verkaufsfläche je Betrieb	Betriebe je 1.000 EW	Verkaufsfläche je 1.000 EW	Gemeinden ohne Nahversorger
Innsbruck-Stadt	64	39.297	614	0,55	339	-
Imst	56	20.366	364	1,02	373	2
Innsbruck-Land	117	58.328	499	0,73	365	10
Kitzbühel	56	23.742	424	0,92	390	3
Kufstein	81	44.749	552	0,83	461	1
Landeck	45	16.437	365	1,01	369	6
Lienz	49	22.677	463	0,97	449	10
Reutte	39	12.534	321	1,22	392	16
Schwaz	81	27.999	346	1,05	364	10
TIROL	588	266.129	453	0,85	384	58



Tabelle: Praktische Ärzte – Versorgungsquoten auf Bezirksebene

Bezirk	Praktische Ärzte	Einwohner 2005	Versorgungsquote
Innsbruck-Stadt	126	115.825	919
Lienz	46	50.491	1.098
Kitzbühel	55	60.823	1.106
Schwaz	59	76.931	1.304
Reutte	24	31.945	1.331
Kufstein	68	97.105	1.428
Imst	36	54.645	1.518
Innsbruck-Land	104	159.936	1.538
Landeck	28	44.580	1.592
TIROL	546	692.281	1.268

998 Einwohner, während auf das gesamte Bundesland bezogen jeder Zahnarzt rechnerisch für 1.967 Personen zuständig ist. Auf Ebene der Planungsverbände sehr gut ausgestattet sind die Regionen Leukental (1.347), Lienz und Umgebung (1.661) und Brixental-Wildschönau (1683). Über 4.000 Personen auf einen Zahnarzt kommen hingegen in den Verbänden Stubaital, Wilder Kaiser (Going, Ellmau, Scheffau, Söll), Pillerseetal, Inntal-Mieminger Plateau, Westliches Mittelgebirge und Stanzertal. Kein Zahnarzt findet sich im gesamten Oberen Lechtal sowie im Planungsverband Sonnenterrasse.

84 Altenwohn- und Pflegeheime mit 5.300 Betten

Derzeit bieten 84 stationäre Einrichtungen in Tirol die Möglichkeit zur Pflege und Betreuung älterer Menschen. Mit 78 Häusern hat das Land Tirol einen Rahmenvertrag (d.h. im Bedarfsfall können Kostenanteile über die Sozialhilfe des Landes und der Gemeinden abgerechnet werden), 6 Einrichtungen sind den Privatheimen zuzuzählen.

Insgesamt stehen 5.300 Betten zur Verfügung, ca. ein Viertel (1.200 Betten) dient reinen Wohnzwecken, ca. drei Viertel (4.100 Betten) sind als Pflegebetten ausgewiesen.

Knapp 10 Prozent der Tiroler Bevölkerung (69.150 Personen) haben derzeit ihren 70. Geburtstag bereits hinter sich. Nimmt man diese Zahl als Ausgangswert, so fallen rein rechnerisch auf einen Heimplatz 13 mögliche Anwärter. In ca. 20 Jahren wird sich die Zahl der über 70 Jahre alten Tiroler/innen aber auf 112.000 Personen erhöhen. Auch wenn davon auszugehen ist, dass in dieser Zeit zusätzliche Heimplätze entstehen, so zeigt sich doch sehr deutlich, dass im Bereich der Altenpflege zukünftig Handlungsbedarf besteht.

Auf Ebene der Planungsverbände zeigt sich im Oberland (Oberes und Oberstes Gericht bzw. Raum Imst) sowie in Hall und Umgebung eine sehr gute Versorgung der Bevölkerung – hier gibt es pro Heimplatz lediglich 6 bis 8 potentielle Anwärter -, die höchsten Quoten (d. h. in diesen Regionen

Tabelle: Zahnärzte – Versorgungsquoten auf Bezirksebene

Bezirk	Zahnärzte	Einwohner 2005	Versorgungsquote
Innsbruck-Stadt	116	115.825	998
Kitzbühel	33	60.823	1.843
Lienz	25	50.491	2.020
Kufstein	45	97.105	2.158
Schwaz	30	76.931	2.564
Innsbruck-Land	62	159.936	2.580
Imst	18	54.645	3.036
Reutte	10	31.945	3.195
Landeck	13	44.580	3.429
TIROL	352	692.281	1.967

ist das Angebot von Heimplätzen im Verhältnis zur Zahl der über 70-Jährigen also mangelhaft) finden sich im Bereich Sillian – Villgratental – Tiliach (29 „Anwärter“), gefolgt vom Ötztal, Zillertal, von Wattens und Umgebung (je 23) sowie vom Stanzertal mit 22 Personen.

Keine stationäre Pflege- oder Betreuungseinrichtung für Senioren gibt es in 8 Tiroler Planungsverbänden (Paznauntal, Sonnenterrasse, Pitztal, Seefeldler Plateau, Achtental sowie in den drei Außerferner Regionen Oberes Lechtal, Tannheimertal und Zwischentoren).

Einen wichtigen Bereich in der Altenbetreuung bilden neben den stationären Einrichtungen aber auch mobile Einrichtungen wie Sozialsprengel und Hauskrankenpflege, welche jedoch nicht Gegenstand der Erhebung waren.



Tabelle: Personen über 70 Jahre im Verhältnis zum Angebot an Heimplätzen

Bezirk	Altenheime	Plätze	Personen 70 Jahre u.ä.	„Andrangsziffer“
Innsbruck-Land	22	1.369	14.441	11
Innsbruck-Stadt	10	1.198	13.949	12
Kufstein	13	716	9.139	13
Imst	9	359	4.776	13
Kitzbühel	11	420	6.359	15
Landeck	5	286	4.278	15
Lienz	3	354	5.779	16
Schwaz	9	438	7.154	16
Reutte	2	116	3.279	28
TIROL	84	5.256	6.9154	13

202 Einrichtungen für Postdienste

140 Postämter, 12 Postpartner, 30 Postservicestellen und 20 Landzusteller bilden die insgesamt 202 Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen (Stand Oktober 2005).

Postpartner und -servicestellen bieten i.d.R. folgende Basisleistungen:

- Annahme und Abgabe von Briefsendungen und Paketen
- Überweisungen
- Geldanweisungen
- Verkauf von Briefmarken, Postkarten und Postboxen

Postpartner bieten darüber hinaus auch die Möglichkeit der Eröffnung von Sparbüchern und Konten.

159 Tiroler Gemeinden müssen ohne eigenes Postamt auskommen. In wie vielen Gemeinden postalische Dienstleistungen zur Gänze fehlen, lässt sich insofern nicht sagen, als dass Landzusteller nicht nur lokal, sondern zumindest regional tätig sind. Klar dürfte jedoch sein, dass auch Landzusteller im Vergleich zu Postämtern nur sehr eingeschränkte Dienstleistungen anbieten können.

Versorgungsquoten sind in diesem Fall nur bedingt aussagekräftig, geht es neben der reinen Existenz einer Versorgungseinrichtung doch auch um deren Leistungsangebot. Rein rechnerisch wäre nämlich die Situation in Innsbruck am ungünstigsten, denn auf eine Postdienststelle kommen mehr als 8.200 Personen. Dafür steht der Innsbrucker Bevölkerung aber das gesamte Sortiment verfügbarer Postdienstleistungen zur Verfügung und die Versorgungssituation kann somit keinesfalls als mangelhaft bezeichnet werden.

Statistisch gesehen dürfte die Versorgungslage in den Planungsverbänden zumindest als zufriedenstellend zu bezeichnen sein, da in jedem der 36 Verbände zumindest 2 Postämter und - mit Ausnahme der Verbandes Sonnenterrasse - darüber hinaus noch mindestens eine Postservicestelle, ein Postpartner oder ein Landzusteller tätig sind.

Tabelle: Einrichtungen mit Postdienstleistungen in Tirol

Bezirk	Postamt	Postpartner	Postservice-stelle	Land-zusteller
Innsbruck-Stadt	13	0	1	0
Imst	15	2	2	3
Innsbruck-Land	26	3	11	5
Kitzbühel	13	2	2	1
Kufstein	20	3	2	1
Landeck	17	0	0	2
Lienz	11	1	3	2
Reutte	9	1	3	5
Schwaz	16	0	6	1
Tirol	140	12	30	20

104 Apotheken und 74 Hausapotheken

Hinsichtlich der Versorgung mit Medikamenten stehen der Tiroler Bevölkerung - verteilt auf 61 Gemeinden - 104 Apotheken sowie 74 Ärzte mit Hausapotheken in weiteren 64 Gemeinden zur Verfügung. Bezogen auf alle Tiroler Gemeinden ergibt sich ein Versorgungsgrad von 45 Prozent; betrachtet man hingegen die Einwohnerzahl in den direkt versorgten Gemeinden, so kommt man auf eine Quote von mehr als 77 Prozent.

Obwohl Apotheken in Tirol nicht flächendeckend zur Verfügung stehen, so existieren in sämtlichen Planungsverbänden zumindest 2 Einrichtungen (d. h. zumindest Ärzte mit Hausapotheke), die Medikamente bereitstellen.

92 Einrichtungen für die öffentliche Sicherheit

Ca. ein Viertel der Tiroler Gemeinden ist Standort einer Einrichtung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit (Polizeiinspektion, Autobahnpolizei, Grenzkontrollstelle, Stadtpolizei). Die Dienststellen sind so verteilt, dass bis auf den Verband Sonnenterrasse (in Serfaus gibt es nur ein kleines Büro der Inspektion Ried) in jedem der 36 Planungsverbände mindestens eine Polizeiinspektion besteht. In Regionen mit größerem touristischen Aufkommen (Oberes Gericht, Tannheimetal, Stubaital, Paznauntal, etc.) finden sich in Relation zur dortigen Wohnbevölkerung mehr Inspektionen, in weniger touristisch geprägten Planungsverbänden (Watens u. Umgeb., Völs - Kematen - Sellrain, Kufstein u. Umgeb.) ist das Netz weniger engmaschig.



Knapp 600 Bank- oder Sparkassenfilialen

Die diversen Banken und Sparkassen bieten in Summe 592 Einrichtungen, die es der Tiroler Bevölkerung ermöglichen, ihre Bankgeschäfte persönlich abzuwickeln. Weniger als ein Viertel der Tiroler Gemeinden (64) sind nicht direkt durch eine Bank- oder Sparkassenfiliale versorgt. Darüber hinaus existieren in einigen Gemeinden Servicepoints, welche zumindest Basisleistungen wie die Durchführung von Überweisungen, Bargeldbehebungen oder das Ausdrucken von Kontoauszügen ermöglichen.

Auf der Ebene der Planungsverbände besteht Vollversorgung, auch im Bereich der Bankdienstleistungen zeigt sich wiederum eine besonders gute Versorgung in touristisch intensiv genutzten Regionen.

Zusammenfassung weiterer Einrichtungen

- 274 Tankstellen sichern die Treibstoffversorgung.
- In 259 Gemeinden stehen insgesamt 390 Veranstaltungssäle zur Verfügung. Mehr als drei Viertel davon bieten über 100 Sitzplätze an.
- In 99 % aller Tiroler Gemeinden findet sich zumindest ein Gasthaus.
- Für die Kinderbetreuung stehen insgesamt 518 Kinderkrippen, Kindergärten und Horte sowie 590 Pflichtschulen (Volks- Haupt-, Sonderschulen sowie Polytechnische Lehrgänge und AHS-Unterstufen) zur Verfügung.
- Neben den Lebensmittelversorgern und Tankstellen mit Convenience-Shops existieren in Tirol 314 Bäckereien und 260 Metzgereien.

www.tirol.gv.at/statistik

TirolCITY

Die Kontraste zwischen Land und Stadt, zwischen lokaler Identität und globaler Wirtschaft, zwischen internationalem Tourismus und europäischem

Transitverkehr veranlassten 6 junge ArchitektInnen und RegionalplanerInnen der europäischen Gruppe YEAN neue Strategien für die räumliche Entwicklung Nordtirols anzudenken.

Sie stellen die These auf, Tirol entwickle sich zur „Netzwerkstadt“: das sind locker angeordnete Siedlungsräume, welche durch ein hoch entwickeltes Verkehrs- und Kommunikationssystem miteinander verbunden sind, auf denen Menschen und Güter komplexe Wege beschreiten. TirolCITY werde eine „Elastische Stadt“, welche sich dem Massentourismus und dem Transitverkehr anpasst und – je nach Saison – wachsen oder schrumpfen kann. Der bewusst provokant gewählte Ansatz zeigt Strategien gegen die fortschreitende Zersiedelung und Fragmentierung im Inntal und in den Seitentälern auf. Diese Skizzen sollen in einer unabhängigen Planungs- und Forschergruppe aufgegriffen und zur kollektiven Zusammenarbeit aller Beteiligten weitergeführt werden.

TirolCITY Neue Urbanität in den Alpen
FOLIO Verlag Wien.Bozen 2005



www.yean.info

kurzMeldung

Interesse am Tiroler Seilbahn- und Skigebietsprogramm auch in der Schweiz

Zum Thema „Die touristische Erschließung der Alpen - Freier Markt oder freie Landschaft?“ fand im November eine Nationale Tagung und Diskussionsplattform in Bern statt. Der Schweizer Alpen-Club SAC fordert den Erhalt der verbliebenen unerschlossenen Alpenlandschaften und ein nationales Konzept mit klaren Positiv- und Ausschlusskriterien, damit nicht immer über Einzelprojekte zwischen Promotoren und Schützern mühsam gestritten werden muss. Auch die im Rahmen der Neuen Regionalpolitik der Schweiz aufgeworfenen Fragen der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Berggebiete, deren finanziellen Unterstützung und die Entsiedelungsproblematik spielen in das Tagungsthema hinein – mithin alles brisante gesellschaftspolitische Themen. Die Fachreferate beleuchteten die Erschließungsthematik aus ökonomischer, kultureller, raumplanerischer und touristischer Sicht.

Alle Tagungsteilnehmer beeindruckt hat das von Franz Rauter vorgeführte Beispiel des österreichischen Bundeslandes Tirol, welches mit seinem „Seilbahn- und Skigebietsprogramm 2005“ klare Kriterien für die weitere wintertouristische Erschließung festlegt. Es wurde von sämtlichen Interessengruppen gemeinsam in kurzer Zeit erarbeitet und wird breit akzeptiert.

Das Tiroler Seilbahn- und Skigebietsprogramm 2005 liegt nun auch in gedruckter Fassung vor. Es kann gegen einen Kostenbeitrag von Euro 15,- bei der Abteilung Raumordnung-Statistik bestellt werden.

www.tirol.gv.at/raumordnung

Anforderungen der Bürger und der Wirtschaft an die Daseinsvorsorge

Manfred Riedl

Eine repräsentative Befragung der Osttiroler Bevölkerung und Unternehmen ermittelt im Allgemeinen hohe Zufriedenheiten mit den Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Kritik gibt es an der Leistungserbringung im öffentlichen Nahverkehr, der verbreiteten Anwendung des Internet stehen Hemmnisse entgegen.

INTERREG IIIB Projekt

Das Land Tirol nimmt an einem EU-Projekt mit dem englischen Kurztitel PUSEMOR teil, welches sich mit zeitgemäßen Anforderungen und der zukünftigen Entwicklung von Dienstleistungen

der Daseinsvorsorge in dünn besiedelten Alpenregionen beschäftigt. Als Testgebiet ist der Bezirk Lienz (Osttirol) ausgewählt, dessen Siedlungsgebiet in abgelegenen, wirtschaftsschwachen Teilgebieten durch Abwanderung gefährdet ist.

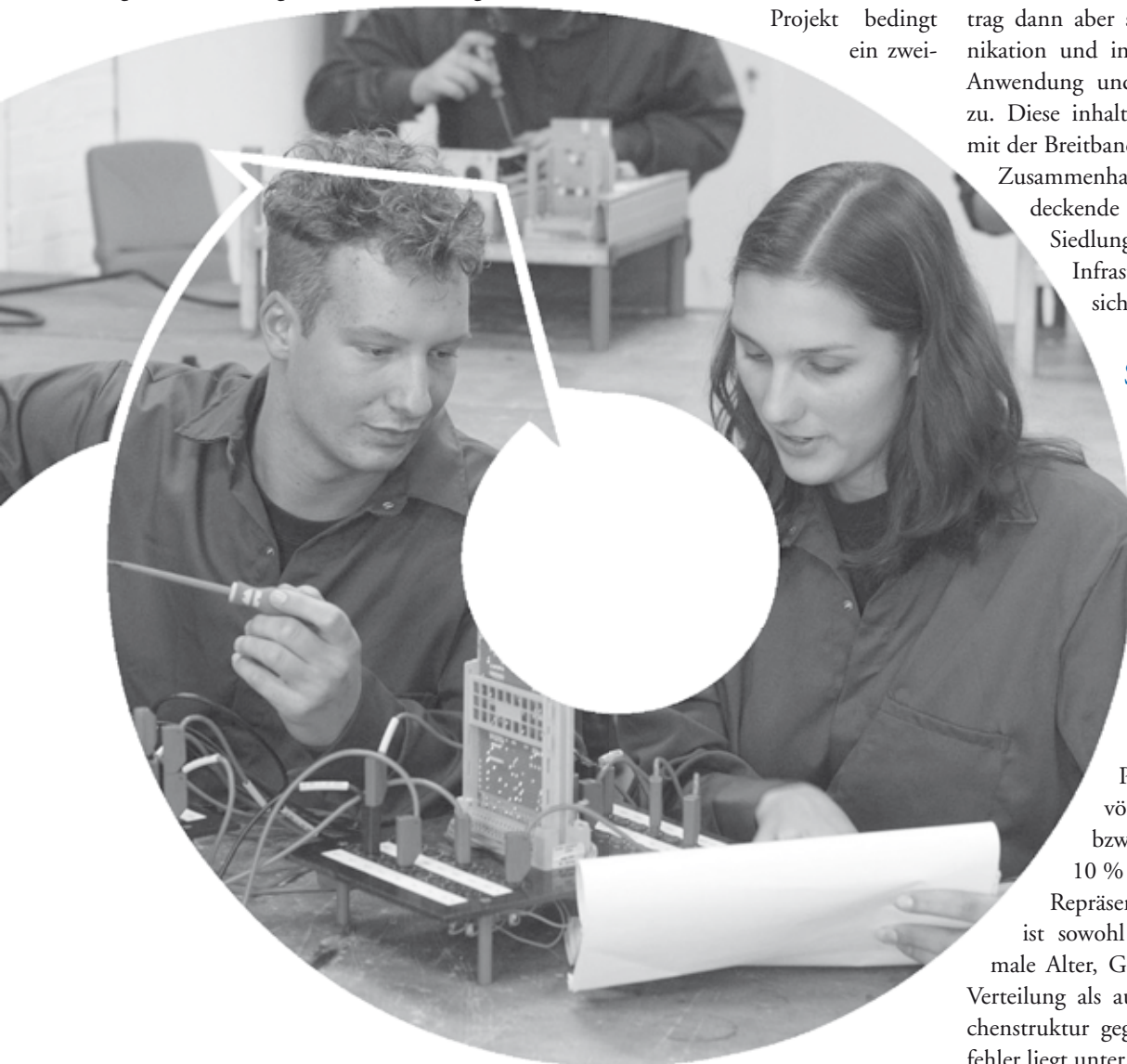
Die internationale Zusammenarbeit im Projekt bedingt ein zwei-

stufiges Vorgehen. Einerseits wird ein vergleichender Blick auf insgesamt 6 Bereiche der Daseinsvorsorge (Bildung, medizinische und soziale Versorgung, Nahversorgung sowie öffentlicher Verkehr und Verwaltung) geworfen.

Andererseits wendet sich der Tiroler Beitrag dann aber speziell der Telekommunikation und in besonderem Maße der Anwendung und Nutzung des Internet zu. Diese inhaltliche Orientierung steht mit der Breitband-Initiative des Landes in Zusammenhang, welche die flächen-deckende Ausstattung des Tiroler Siedlungsgebietes mit Breitband-Infrastruktur bis Ende 2006 sicherstellt.

Struktur der Befragung

Die Befragung der Osttiroler Bevölkerung und Unternehmen wurde in Form von Telefoninterviews im Sommer und Herbst 2005 durchgeführt. Die durch Zufallsauswahl ermittelte Stichprobe betrug 450 Personen (ca. 1 % der Bevölkerung älter als 10 Jahre) bzw. 240 Unternehmen (ca. 10 % aller Unternehmen). Die Repräsentativität der Stichprobe ist sowohl hinsichtlich der Merkmale Alter, Geschlecht und räumliche Verteilung als auch bezüglich der Branchenstruktur gegeben. Der Stichprobenfehler liegt unter 5 %.



Die Ergebnisse im Überblick

Die Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge ist in einem hohen Ausmaß gegeben.

Der Zeitaufwand zur Erreichung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge ist im Durchschnitt gering und liegt mit Ausnahme der Bildungseinrichtungen unter 10 Minuten. Über 95 % der Bevölkerung können die allermeisten Dienste binnen 20 Minuten in Anspruch nehmen (Bildung erst binnen 45 Minuten).

Die untersuchten Dienste der Daseinsvorsorge lassen sich hinsichtlich der Mobilitätsform ihrer Erreichbarkeit in 2 Klassen unterscheiden. Der öffentliche Verkehr, die öffentliche Verwaltung und die Nahversorgung können überwiegend zu Fuß erreicht werden. Um die Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Bildung sowie der sozialen Diensten zu erreichen, benützen die Hälfte der Nutzer bereits den eigenen Pkw.

Einrichtungen der Telekommunikation wie Radio und Fernsehen, sowie Festnetz- und Mobiltelefon als auch das normale Internet sind im Siedlungsraum nahezu flächendeckend verfügbar. Lücken der Verfügbarkeit weist die Breitband-Technologie vor allem in abgelegenen, wirtschaftsschwachen Seitentälern auf.

Die Erreichbarkeit bzw. Verfügbarkeit der gegenständlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist für Unternehmen, wohl wegen ihrer stärker konzentrierten Standorte in einem deutlich höheren Maße gegeben als für private Nutzer.

Die Häufigkeit der Nutzung von Diensten der Daseinsvorsorge unterscheidet sich deutlich.

95 % der Bevölkerung nutzen die Nahversorgung häufig (zumindest wöchentlich). Bildungseinrichtungen werden von einem Fünftel der Bevölkerung, der Nahverkehr allerdings nur von 15 % der befragten privaten Nutzer häufig genutzt. Alle anderen gegenständlichen öffentlichen Dienste erreichen Raten der häufigen Nutzung durch die Bevölkerung unter 10 %.

Eine hohes Ausmaß häufiger Nutzung (zumindest wöchentlich) von 88 % weisen die Unternehmen hinsichtlich der Nahversorgung aus, gefolgt von 41 % häufiger Nutzung der öffentlichen Verwaltung. Der Nahverkehr nimmt mit 19 % häufiger Nutzung keine überragende Stellung ein, die häufige Inanspruchnahme von medizinischen und sozialen Diensten sowie von Bildungseinrichtungen liegt um die 10 %-Marke.

Deutliche Unterschiede der Nutzungshäufigkeit weisen Telekommunikationsdienste auf. Während Radio und Fernsehen von nahezu allen befragten Privatpersonen häufig genutzt wird, das Mobiltelefon zur Standardausrüstung von 70 % der Bürger zählt, nutzen 28 % das normale Internet, 18 % bereits Breitband-Internet häufig.

Die Durchdringung der Unternehmen mit Internet-Anwendung ist bereits sehr deutlich ausgeprägt. Bereits 2 Drittel der Befragten geben an, das Breitband-Internet häufig zu nutzen, ergänzt mit der Nut-



zungshäufigkeit des normalen Internet ergibt dies das Bild einer nahezu 100 % Nutzung der Technologie im Unternehmensbereich.

Die Zufriedenheit mit der Qualität von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist - mit Ausnahmen - hoch!

Die Zufriedenheit mit der Qualität der Dienstleistungen erbringt allgemein (sowohl von privaten und gewerblichen Nutzern) sehr gute Bewertungen für die Nahversorgung, das Gesundheitswesen und soziale Dienste. Gute Noten erhalten die öffentliche Verwaltung und Bildungseinrichtungen. Deutlich abgeschlagen wird der öffentliche Verkehr bewertet, 40 % der Bevölkerung und der Unternehmen sind mit der Qualität dieser Dienstleistung unzufrieden.

Auch die Zufriedenheit mit Einrichtungen der Telekommunikation ist im allgemeinen hoch. Sehr gut benotet wird die Breitbandtechnologie, gefolgt vom Mobiltelefon. Gut bewertet wird die Qualität von Radio und Fernsehen, schon eher unzufrieden sind die privaten Nutzer mit der Qualität des normalen Internet. Die Unternehmer sind weniger kritisch und vergeben durchwegs sehr gute Noten für die Qualität der Telekommunikationsdienste.

Tabelle: Erreichbarkeiten von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in Osttirol
(kumulierte Anteile der Privatpersonen in %)

	in 10 Minuten	in 20 Minuten	in 45 Minuten
Öffentlicher Verkehr	84,7	97,0	99,5
Gesundheitswesen	74,6	95,8	99,3
Soziale Dienste	66,3	94,2	99,3
Bildung	62,4	83,6	96,1
Öffentliche Verwaltung	81,8	97,0	99,3
Nahversorgung	83,8	97,7	99,3

Detailergebnisse in räumlicher und sozialer Hinsicht

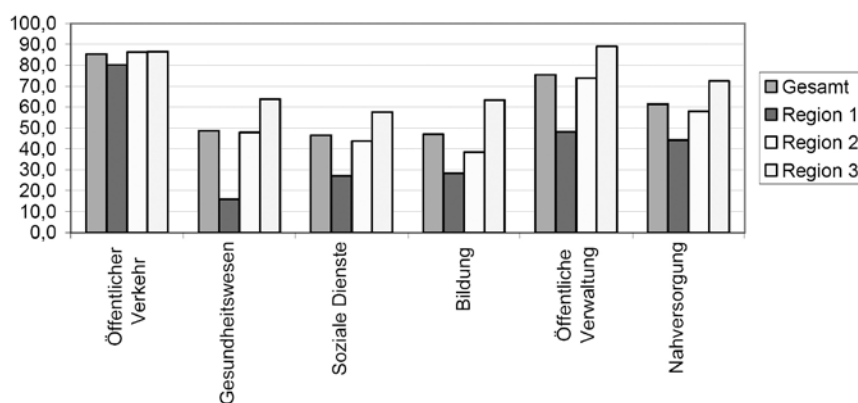
Die Bewohner der abgelegenen, wirtschaftsschwachen Gebiete sind auf die Benutzung des eigenen Pkw angewiesen, trotzdem sind sie mit den Angeboten der Daseinsvorsorge zufrieden. Deutliche Unterschiede in der Nutzungshäufigkeit ergeben sich zwischen den Generationen.

In einer detaillierten Diskussion wird auf die Ergebnisse der Befragung nach 3 räumlichen Typen (Osttiroler Gemeinden nach gestufter Wanderungsbilanz) und gesellschaftlichen Gruppierungen (Frauen - Männer, Senioren – Jugendliche) eingegangen. Die Befragung der Unternehmen wird nach Wirtschaftszweigen (produzierender Sektor – Dienstleistungen ohne Tourismus – Tourismus – öffentliche Dienste) ausgewertet. Im Folgenden werden jene Ergebnisse vorgestellt, welche für die detaillierten Nutzergruppen signifikante Unterschiede aufweisen.

In dem **durch Abwanderung geprägten Raumtyp** (Gemeinden in wirtschaftsschwachen Seitentälern und Talabschnitten; in den Abbildungen als Region 1 bezeichnet) ist die Inanspruchnahme des eigenen Pkws (z.B. Gesundheitswesen 84 %) zur Erreichung öffentlicher Dienste deutlich ausgeprägt. Trotzdem erhöht sich der durchschnittliche Zeitaufwand, insbesondere für das Gesundheitswesen, die sozialen Dienste und Bildung um etwa 50 %. Diese Umstände haben jedoch keinen Einfluss auf die Zufriedenheit dieser regionalen Nutzergruppe, ja selbst die Qualität des Nahverkehrs wird besser eingeschätzt als dies im Durchschnitt der Fall

Abbildung: Erreichbarkeiten für Privatpersonen zu Fuß in %

Region 1: Gemeinden mit deutlicher Abwanderung; Region 3: Gemeinden mit Zuwanderung



ist. Die Häufigkeit der Nutzung öffentlicher Dienste ist zumeist höher, in den Bereichen Bildung, Nahversorgung und Breitband-Internet (wegen der fehlenden Infrastruktur) aber geringer.

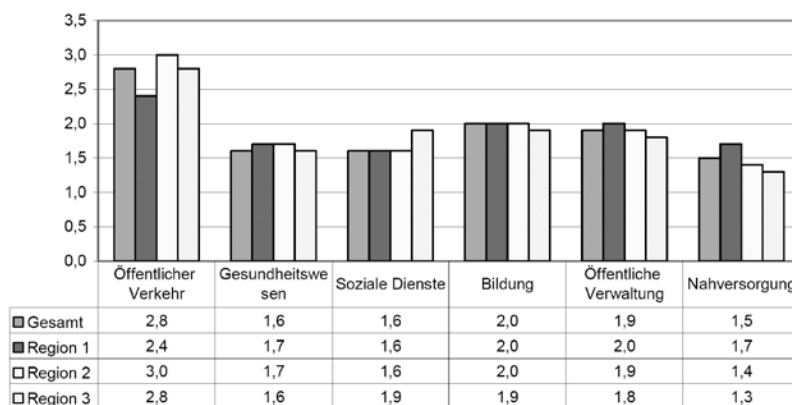
In dem **durch Zuwanderung geprägten Zentralraum Osttirols** (Region 3) sind die öffentlichen Einrichtungen überwiegend zu Fuß (z.B. Gesundheitswesen 64 %) erreichbar, der Zeitaufwand ist allgemein geringer und liegt im Durchschnitt zwischen 5 und 10 Minuten. Die Zufriedenheit der Nutzer hinsichtlich Erreichbarkeit und

Qualität der öffentlichen Dienste bleibt aber im Durchschnitt, das Gesundheitswesen wird geringfügig besser, die sozialen Dienste geringfügig schlechter beurteilt. Auch die Häufigkeit der Nutzung zeigt in diesem Raumtyp kaum signifikante Abweichungen. Der öffentliche Nahverkehr wird noch weniger genutzt als dies in der Gesamtregion üblich ist; die Nutzung von Breitband-Internet ist infolge der verfügbaren Infrastruktur überdurchschnittlich.



Abbildung: Zufriedenheit der Privatpersonen mit der Qualität (nach Schulnoten)

Region 1: Gemeinden mit deutlicher Abwanderung; Region 3: Gemeinden mit Zuwanderung



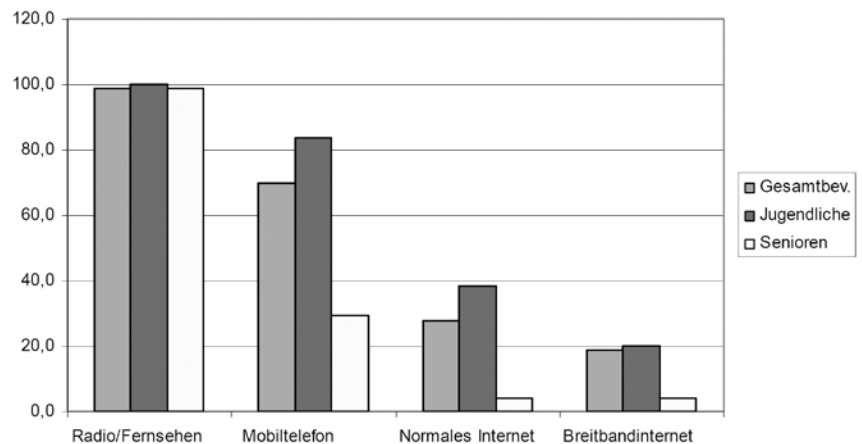
Die geringen Unterschiede der Befragungsergebnisse von **Frauen und Männern** liegen in den Bereichen Erreichbarkeit und Nutzung. Frauen verwenden öfter den eigenen Pkw, haben aber trotzdem höheren Zeitaufwand. Männer nutzen Dienste der Daseinsvorsorge im Durchschnitt weniger oft, die öffentliche Verwaltung, das Mobiltelefon und das Breitband-Internet jedoch häufiger als Frauen.

Jugendliche nutzen den öffentlichen Nahverkehr (42 %) und Bildungseinrichtungen (93 %) sowie alle Telekommunikationseinrichtungen (Mobiltelefon 84 %, beide Internettechnologien zusammen 58 %) besonders häufig, das Gesundheitswesen und Soziale Dienste hingegen fast gar nicht. Für das Erreichen von Bildungseinrichtungen nehmen sie einen vergleichsweise hohen Zeitaufwand (im Durchschnitt 17 Minuten, 13 % über 45 Minuten) in Kauf. Jugendliche sind mit der Erreichbarkeit und der Qualität von öffentlichen Leistungen überdurchschnittlich zufrieden.

Senioren sind eher als der Durchschnitt aller Befragten auf die Benützung des eigenen Pkw angewiesen um Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu erreichen. Trotzdem ist der Zeitaufwand, den sie dafür verwenden, signifikant höher. Senioren nehmen das Gesundheitswesen (25 %) besonders häufig in Anspruch, das Bildungswesen nahezu nicht mehr. Die Nutzung moderner Telekommunikationsmedien (Mobiltelefon 29 %, beide Internetformen zusammen 8 %) fällt bei Senioren sehr deutlich ab.

Für die unterschiedlichen **Wirtschaftszweige** zeigen sich nur in wenigen Bereichen unterschiedliche Ergebnisse. Für die räumlich verteilt liegenden Tourismusbetriebe erweist sich der Zugang zu Bildungseinrichtungen mit 19 Minuten im Durchschnitt als zeitaufwändig (andere unter 10 Minuten). Die öffentlichen Dienste, darunter fallen neben der öffentlichen Verwaltung auch das Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Vereinswesen weisen eine deutliche geringere Nutzungshäufigkeit bei Telekommunikationsdiensten (Mobiltelefon und Breitband-Internet jeweils 60 %, normales Internet 25 %) auf.

Abbildung: Nutzungshäufigkeit (zumindest wöchentlich) der Telekommunikation



Vertiefungsteil zur Anwendung des Internets

Ein abschließender Teil der Befragung beschäftigt sich mit den Hemmnissen und den inhaltlichen Ansprüchen (bzw. Absichten) bei der Nutzung des Internets. Diese Ergebnisse liefern Aufschlüsse für Strategien und Maßnahmen zur besseren Einführung und Anwendung dieser Technologie.

Die weitere Einführung des Internets wird vorrangig durch fehlende Bedienungskennnisse und Angst vor kritischen Inhalten gebremst.

Bereits 58 % der befragten Bürger geben an über einen Internetanschluss zu verfügen, nur 12 % finden sich im Internet zu wenig interessante Inhalte. Rund ein Viertel aller Personen gibt an, über keinen PC und damit über kein Endgerät zu verfügen. Der Prozentsatz jener Personen, welche Probleme in den Anschaffungs- und Betriebskosten sehen, liegt ebenfalls um 25 %. Ein hoher Anteil der Befragten von jeweils über 40 % gibt an, sich mit der Bedienung nicht auszukennen (Senioren 80 %) bzw. Angst vor kritischen Inhalten des Internets zu haben.

Die Ausstattung der Betriebe mit Internet ist nach den Befragungsergebnissen zu 87 % gegeben. Ein Kostenproblem besteht für etwa 20 % der Unternehmen. Während die Bedienungskennnisse im Vergleich zu Privatpersonen besser sind (29 % haben bei der Bedienung Probleme) ist die Angst vor kritischen Inhalten des Internets in Unternehmen noch ausgeprägter (54 %) vorhanden als im privaten Bereich.

Die private Nutzung des Internets erfolgt häufig zur Informationsgewinnung und für die Kommunikation, im Unternehmensbereich treten auch Dienstleistungen dazu.

Die Anwendung (bzw. die beabsichtigte Verwendung) des Internets im privaten Bereich erfolgt noch deutlich gestuft. 60 % nehmen dieses Medium für Informationszwecke häufig (zumindest wöchentlich) in Verwendung, 48 % für die Kommunikation (E-Mail). Zur Abwicklung von Dienstleistungen (z.B. E-Banking) und zur Unterhaltung nutzen 13 bzw. 8 % das Internet.

Im unternehmerischen Umfeld wird das Internet in inhaltlicher Hinsicht wesentlich breiter genutzt. Die Anwendungsformen der Information werden von 67 %, die der Kommunikation gar von 84 %, Dienstleistungen von 57 % der Anwender häufig in Anspruch genommen. Als Erwerbsmedium häufig genutzt wird das Internet immerhin bereits von 13 % der Unternehmen.

Standortmarketing unter dem Dach der Marke Tirol

Projekt „Standortstrategie Tirol 2006 bis 2010“

Michael Brandl

Mit dem Projekt „Standortstrategie Tirol 2006 bis 2010“ soll über die bereits laufenden Kooperationen von Tirol Werbung GmbH, Agrarmarketing Tirol, Tiroler Zukunftsstiftung und weiteren Standortpartnern hinaus eine übergeordnete Strategie für die Profilierung und integrierte Vermarktung des Standortes Tirol unter dem Dach der „Marke Tirol“ geschaffen werden. Durch die stärkere Vernetzung aller Akteure soll ein Wettbewerbsvorteil für den Standort Tirol erzielt werden.

Es gilt, gute Initiativen der letzten Jahre konsequent zusammenzuführen und zu intensivieren.

In der Regierungserklärung vom 21.10.2003 hat Herr Landeshauptmann DDr. Herwig van Staa unter dem Punkt „Arbeit und Wirtschaft“ folgende Zielsetzung formuliert: „Wir wollen den Standort Tirol als Ganzes noch besser vermarkten. Die Schaffung einer einheitlichen Marke Tirol für die Bereiche Wirtschaft, Tourismus und Landwirtschaft ist dafür ein wichtiges Instrument.“

Der ausgezeichnete Ruf unseres Landes, die Bekanntheit und das positive Image der Marke Tirol, soll dem-



nach über den Tourismus hinaus noch stärker als bisher von der gesamten Tiroler Wirtschaft in ihrem Marketing genutzt und integriert werden.

Das Land Tirol verfügt mit der Unternehmensgruppe der Tirol Werbung GmbH, der Agrarmarketing Tirol und der Tiroler Zukunftsstiftung über drei eigenständige Vermarktungseinrichtungen. Diese haben den Standort Tirol in ihren Tätigkeitsbereichen bisher weitgehend unabhängig voneinander vermarktet. Alle drei Einrichtungen wurden in den Jahren 2002 bis 2004 einer Umstrukturierung unterzogen.

Bei der Reform der Agrarmarketing Tirol im Jahr 2004 wurde als zentrale Zielsetzung die verstärkte Abstimmung und Kooperation mit dem Tourismus und dem Handel als wichtigste Vermarktungspartner berücksichtigt. Durch eine seitens des Landes in der Folge stark forcierte Kooperation aller genannten Einrichtungen ist es so bereits heute in hohem Maß gelungen, unter dem Dach der Wort-Bild-Marke „Tirol“ erste Kooperationsprojekte zu realisieren und Synergien in der Zusammenarbeit zu nutzen (z.B. Kooperationen im Bereich Landwirtschaft und Tourismus, Landwirtschaft und Handel, gemeinsame Auftritte von Agrarmarketing, Tirol Werbung und Zukunftsstiftung bei Messeveranstaltungen und Events im In- und Ausland). Von der Tirol Werbung wurde dabei im Rahmen des Sport- und Kultursponsorings auch die öffentliche Verwaltung und hier insbesondere die Abteilungen Sport und Kultur des Amtes der Landesregierung noch stärker als bisher eingebunden und mit diesen eigene Kooperationsprogramme entwickelt (z.B. Projekt „Laufland Tirol“, „Kultur-Channel“ www.kultur.tirol.at im Internet, Medienkooperationen, etc.).

Diese in Gang gesetzten verstärkten Kooperationen waren zunächst sehr stark auf die Kommunikation, eine breitere Nutzung des Tirol Logos und die durchgängige Einhaltung der Corporate Design Richtlinien der Tirol Werbung konzentriert. Die neuen Werbelinien der Agrarmarketing Tirol und der Tiroler Zukunftsstiftung sind insoweit bereits ganz dem CI der Tirol Werbung angepasst.

Standortmarketing „aus einem Guss“ als Ziel

Neben der bereits gut funktionierenden Kooperation dieser Einrichtungen in der Vermarktung und auf der Projektebene bedarf es aber noch übergeordneter Konzepte, vor allem aber klar definierter gemeinsamer Zielsetzungen.

Damit ist eine alte, bisher nicht gelöste Aufgabe angesprochen: den Kern der Marke Tirol als ein Bündel von Werten oder Werthaltungen in einer umfassenden, nicht nur den Tourismus betreffenden Form von innen heraus zu beantworten. Insoweit ist es auch erforderlich, jene Stärke – und Profilierungsfelder des Standortes Tirol zu definieren, welche der Marke Tirol den nötigen inhaltlichen Impuls geben und in der Kommunikation nach außen getragen werden sollen.

Der Tirol Werbung GmbH und ihrem Tochterunternehmen Markenmanagement Tirol GmbH (mtm) kommt als Eigentümerin der Markenrechte an der Marke Tirol und als profiliertester Werbeorganisation des Landes in diesem Prozess eine zentrale Rolle zu. Dies betrifft vor allem auch die Überwachung der Markennutzung und die Vermeidung einer Markenverwässerung.

Neben der Initiierung der Markenkernerweiterung und Klärung der Frage, wofür steht Tirol, sollen die Profilierungspotenziale für Tirol ausgelotet werden. Es soll geklärt werden, wo im internationalen

Kontext die besten Wettbewerbsvorteile bestehen. Des weiteren soll der einheitliche Marktauftritt und eine wirksame Vermarktung sichergestellt werden. Auf diese Weise soll ein Wettbewerbsvorsprung gegenüber anderen Standorten und die Basis für ein nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum gelegt werden.

Fragen zur Profilierung der Marke Tirol:

Wofür steht Tirol ?

Was wollen und können Tiroler Personen, Unternehmen und Institutionen ?

Wo hat Tirol im internationalen Vergleich Stärken, wo liegen die Schwächen ?

Welche Betriebe sollen in Tirol überhaupt angesiedelt bzw. aktiv beworben werden ?



Die Einbindung aller relevanten Akteure ist die Voraussetzung für den Erfolg.

Das Projekt „Standortstrategie 2006 bis 2010“ wurde im Jänner 2005 gestartet. Die Projektorganisation sah als Projektorgane einen Steuerungsausschuss und eine Projektarbeitsgruppe vor, welcher neben Herrn Landeshauptmann DDr. van Staa und Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Eberle sämtliche Interessensvertretungen, die Geschäftsführer der Vermarktungspartner, Vertreter des Bildungsbezuges sowie die Projektleiter der Projekte „Zukunftsraum“ und „Wirtschafts- und Arbeitsmarktprogramm 2010“ angehörten. Mit Herrn Dr. Daniel Fischer, Daniel Fischer & Partner, Bern, wurde ein externer Projektleiter und Moderator beigezogen.

In insgesamt 13 fachspezifischen Workshops, zu welchen über 200 Experten eingeladen wurden, einer Auswertung von 2500 Seiten standortrelevanter Literatur, und in einer Kombination von externen Impulsen und einer intensiven interner Reflexion im Rahmen der Projektarbeitsgruppe und im Zuge von Einzel-Experten-Gesprächen wurde so ein erster Entwurf einer Standortstrategie 2006 bis 2010 erarbeitet.

Die Positionierung des Projektes Standortmarketing im Verhältnis zu anderen strategischen Projekten des Landes ist klar definiert.

Mit dem gegenständlichen Projekt soll der Standort im Markt- und Wettbewerbsauftritt gestärkt werden. Dies soll durch

- eine stärkere Marktdurchdringung der Marke Tirol,
- die Fokussierung der Mittel auf die zentralen Projekte der Standortvermarktung,
- Impulse für wichtige Projekte der Standortentwicklung und
- die optimale Integration in die wesentlichen strategischen Projekte des Landes erzielt werden.

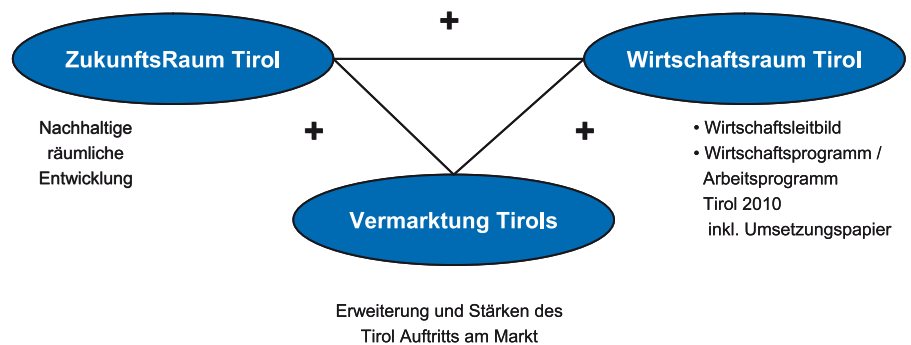
Diese Integration und Abstimmung ist vor allem hinsichtlich des Projektes „Leitbild Zukunftsraum Tirol“ und des Wirtschafts- und Arbeitsmarktprogrammes Tirol 2010 erforderlich.

Das Projekt Standortstrategie Tirol ist klar auf die internationale Markt- und Wettbewerbsicht fokussiert und liefert die strategischen Grundlagen zur „Standortvermarktung Tirols 2006 bis 2010“ (Fokus: Internationaler Markt).

Demgegenüber liefert das ebenso in Er-

arbeitung befindliche Projekt „Leitbild Zukunftsraum Tirol“ die strategische Grundlagen in Bezug auf die nachhaltige (ökonomische+soziale+ökologische) räumliche Entwicklung des Landes bzw. Standortes Tirol (Fokus: Raum Tirol).

Mit dem Wirtschafts- und Arbeitsmarktprogramm 2010 wurde hingegen eine strategische Grundlage in Bezug auf die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes und des Arbeitsmarktes in Tirol geschaffen.



Zwei Säulen tragen die Standortstrategie Tirols

Drei Profilierungsfelder und eine effiziente Standortvermarktung bilden den Kerninhalt des Projektes

Die Standortstrategie Tirol baut auf 2 Säulen auf:

- Einerseits ist das die Standortvermarktung. Hier geht es um die „Aussensicht“ Tirols und hier liegt auch der zentrale und direkte Umsetzungsschwerpunkt dieses Projektes.
- Andererseits geht es auch um die Standortprofilierung in verschiedensten Bereichen („Innensicht“). Diesbezüglich hat dieses Projekt eine Impulsfunktion und gibt Hinweise, wie verschiedene standortprägende Merkmale unseres Landes aus dem Blickwinkel des Standortmarketing weiter entwickelt werden sollten.

Wesentlich, insbesondere auch in der Abstimmung mit dem Projekt „Leitbild Zukunftsraum Tirol“ ist die klare Fokussierung auf die Markt- und Wettbewerbsicht des Standortes. Auch der Bereich der Standortprofilierung ist hier unter dem Aspekt der Vermarktung des Standortes zu betrachten.

Profilierungsfelder

In Bezug auf die **Profilierung des Standortes Tirol** hat das Projekt drei wesentliche Schwerpunkte definiert.

Das Profilierungsfeld „Tourismus“, mit folgenden Stoßrichtungen für die strategische Weiterentwicklung:

- Werte-Dimensionen Tiroler Kultur & Landschaft, Innovation, Nachhaltigkeit (ökonomisch+sozial+ökologisch) als Basis
- Vernetzung mit den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit, Bildung, Sport, Kultur, andere
- Stärkung des Sommertourismus und Ausgleich von saisonalen Schwankungen
- Realisierung neuer Kooperationsmodelle zwischen Österreich Werbung, Tirol Werbung und den neuen Tourismusverbänden

Unter dem **Profilierungsfeld „Alpine Wirtschaft“** ist nicht bloß eine Produktgattung zu verstehen, sondern ein

umfassendes Qualitätslabel für die Art des Wirtschaftens im alpinen Raum. Dessen Kriterien sind

- der innovative Charakter,
- der alpine Bezug von Produkten, Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung,
- die Verknüpfung mit „Tiroler Tugenden“ (kultureller Hintergrund, Qualifikation, Leistungsfreude, Verlässlichkeit),
- die Nachhaltigkeit im Sinne der Balance zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Erfordernissen (hierbei spielt die Rückkoppelung mit dem Leitbild ZukunftsRaum Tirol eine besondere Rolle).

Das **Profilierungsfeld „Bildung und Forschung“** spricht vor allem den tertiären Bildungsbereich (Universitäten, Fachhochschulen) und den Bereich „Lebendiges Lernen“ (Erwachsenenbildung) an.

- Auf Basis der Werte-Dimensionen Vernetzung, Innovation, Alpiner Bezug und Nachhaltigkeit ist eine integrale Bildungsstrategie Tirol zu entwickeln.
- Die Vernetzung soll einerseits institutionsübergreifend innerhalb des Bildungsbereiches, andererseits bereichsübergreifend zwischen Bildung & Forschung sowie der Wirtschaft erfolgen.

Effiziente Standortvermarktung

Generelle Zielsetzung der **Standortvermarktung** ist die Schaffung eines effizient abgestimmten Tirol- Bildes (Image, aber auch Produkte und Dienstleistungen), das durch eine schlagkräftige Organisation nach innen und aussen präsentiert und vermarktet wird.

Konkret geht es dabei um:

- die Etablierung der Marke Tirol in den definierten Zielmärkten und bei den definierten Zielgruppen (Bekanntheit);
- die Erzielung größtmöglicher Synergien in der Vermarktung zwischen den Vermarktungspartnern Tirol Werbung, Zukunftsstiftung und Agrarmarketing Tirol, dem Land Tirol (Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Sport, Kultur, und andere), dem Stadtmarketing Innsbruck, Einrichtungen des tertiären Bildungsbereiches und weiteren Partnern durch eine funktionierende Arbeitsteilung;
- die Schaffung von Strukturen und klaren Spielregeln, um eine stringente Führung der Marke Tirol zu gewährleisten;
- die Bereitstellung von erfolgskritischen Budgets für die Vermarktung der Marke Tirol;
- die Verbesserung der tirol-internen Akzeptanz zur gemeinsamen Standortvermarktung.

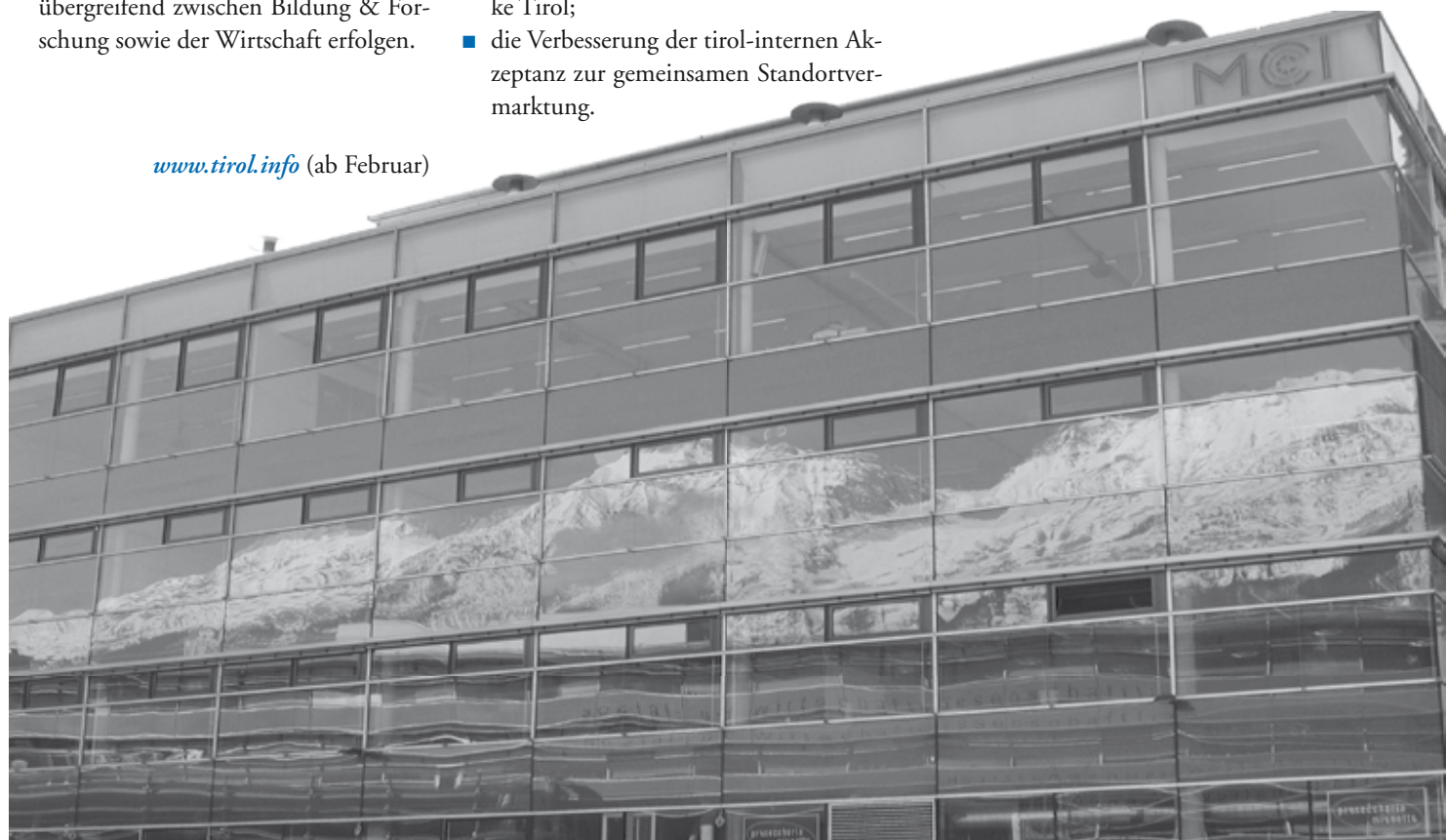
Der Bereich der Markenführung und Markennutzung wird im Rahmen der parallel in Ausarbeitung befindlichen „Markenarchitektur Tirol“ im Detail geregelt werden. Damit soll insbesondere eine entsprechende Qualitätssicherung gewährleistet und eine Verwässerung der Marke Tirol vermieden werden.

Das weitere Vorgehen ist klar

Das Jahr 2006 stellt die Phase I der Umsetzung dar („Voraussetzungen schaffen“). Dabei soll das neue Kooperations- und Organisationsmodell zwischen Tirol Werbung, Tiroler Zukunftsstiftung und Agrarmarketing Tirol (Aufgabenteilung, Abstimmung, Prozesse) festgelegt und konkrete Maßnahmen in den Profilierungsfeldern Tourismus, Bildung und Alpine Wirtschaft definiert werden.

Die Phase II der Umsetzung erstreckt sich auf den Zeitraum vom Jänner 2007 bis Dezember 2009 („Standortmarketing realisieren“). Die Phase III von Jänner 2010 bis Dezember 2010 dient der Evaluierung und Weiterentwicklung.

www.tirol.info (ab Februar)



STRAT.AT

Eine Strategie für starke Regionen

Franz Rauter

Ein starkes Land braucht starke Regionen. Diese einleuchtende Begründung für eine aktive Regionalpolitik gilt für Tirol gleichermaßen, wie für Österreich und für die Europäische Union. Im Rahmen der Vorbereitung auf die nächste Förderprogramm-Periode der Europäischen Union, die den Zeitraum von 2007-2013 umfasst, wurde daher heuer unter Federführung der ÖROK der Strategische Rahmenplan für die Österreichische Regionalpolitik 2007-2013 erstellt. Unter der Kurzbezeichnung STRAT.AT wird darin aufgezeigt, was geschehen muss, dass Österreichs Regionen auch in den nächsten Jahren im Internationalen Wettbewerb gut bestehen können.



Die Zielsetzungen auf Europäischer Ebene

Die Förderprogramme der EU-Strukturfonds werden im Zeitraum 2007-2013 auf drei Schwerpunkte ausgerichtet sein:

- Kohärenz (sozialer Zusammenhalt)
- Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung
- Territoriale Zusammenarbeit

Das Kohärenzziel ersetzt das bisherige Ziel 1 und dient der Heranführung der Regionen mit den größten Entwicklungsrückständen, wobei hier im besonderen Maße die neuen Mitgliedstaaten zum Zuge kommen werden.

Unter dem Titel Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung werden die Nachfolgeprogramme der derzeitigen Ziele 2 und 3 zusammengeführt. Derartige Programme werden grundsätzlich überall dort möglich sein, wo nicht das Kohärenzziel greift. Dementsprechend wird es in Österreich Länderprogramme zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und ein gesamtösterreichisches



Programm für die beschäftigungspolitischen Maßnahmen geben.

Das Ziel der territorialen Zusammenarbeit stellt schließlich die Fortführung der bisherigen INTERREG-Programme dar, die so eine Aufwertung erfahren.

Darüber hinaus wird es im Rahmen der gemeinschaftlichen Agrarpolitik die Programme für ländliche Entwicklung geben, in die auch die bisherigen LEADER-Programme integriert werden.

Kohäsionsleitlinien verdeutlichen die strategische Position der EU

Die Europäische Kommission bringt klar zum Ausdruck, dass die neuen Strukturfondsprogramme zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung eingesetzt werden sollen, wobei zudem die Dimensionen der Nachhaltigkeit und der Gleichbehandlung durchgehend zu berücksichtigen sind.

Die Forderung nach einem konzentrierten Mitteleinsatz beinhaltet auch die Notwendigkeit, die einzelnen Programme bestmöglich aufeinander abzustimmen.

Diese insgesamt verstärkte strategische Orientierung der Europäischen Strukturfonds soll durch neue Instrumente maßgeblich unterstützt werden:

Zum einen wird es auf europäischer Ebene die so genannten Kohäsionsleitlinien geben und zum anderen sind alle EU-Mitgliedstaaten angehalten, in ihrem Bereich einzelstaatliche strategische Rahmenpläne zu erstellen. Diese haben die Aufgabe, eine gemeinsame strategische Orientierung aller im jeweiligen Mitgliedstaat beabsichtigten operationellen Programme und deren gegenseitige Abstimmung sicherzustellen.

STRAT.AT – Ein Ausdruck der Partnerschaft von Bund und Ländern in Fragen der Regionalpolitik

Sobald klar war, dass die Erstellung dieser Strategischen Rahmenpläne verpflichtend durchzuführen sein wird, wurden die diesbezüglichen Arbeiten in Österreich rasch in Angriff genommen. Ziel war es, STRAT.AT so zeitgerecht vorzulegen, dass dieses Dokument in weiterer Folge für eine rechtzeitige Erstellung der einzelnen operationellen Programme als Grundlage herangezogen werden kann.

Im Einvernehmen zwischen Bund und den Bundesländern war von Anfang an klar, dass die Erstellung dieses strategischen Dokumentes in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften erarbeitet werden soll und dass daher die Österreichische Raumordnungskonferenz ÖROK die hierfür am besten geeignete Plattform darstellt.

Innerhalb des heurigen Jahres fand ein Ausarbeitungsprozess statt, der zwar von allen Beteiligten hohen Einsatz erforderte, der dafür aber das Prinzip der Partnerschaft in höchst erfreulicher Weise in die Realität umsetzte. Auch Tirol hat sich an diesem Prozess intensiv beteiligt und es war zu jedem Zeitpunkt möglich, sachlich begründete Argumente vorzubringen und diese auch im Entwurf zu verankern.

Dass dies trotz unterschiedlicher Interessenslagen möglich war, stellt der Zusammenarbeitsbereitschaft der Beteiligten ein durchaus gutes Zeugnis aus. Mit Beschluss der ÖROK-Stellvertreterkommission vom 25. Oktober 2005 hat die Ausarbeitung von STRAT.AT ein vorläufiges Ende gefunden. Sobald die endgültigen Rechtsgrundlagen der Europäischen Union vorliegen, wird dann allenfalls da und dort noch eine Nachbearbeitung erforderlich sein. Aus Tiroler Sicht stellt STRAT.AT einen strategischen Rahmen dar, der es ermöglicht, alle wesentlichen regionalpolitischen Anliegen Tirols auch in einen gesamtstaatlichen Zusammenhang zu stellen. Für die Ausarbeitung des Tiroler Programmes zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit ist dieses Dokument daher eine wesentliche Grundlage.

Die übergeordneten regionalpolitischen Entwicklungsziele

STRAT.AT geht davon aus, dass zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit folgende übergeordnete Zielsetzungen von besonderer Bedeutung sind:

- Die breite regionale Verankerung einer innovations- und wissensbasierten Wirtschaft;
- die Entwicklung attraktiver Regionen und wettbewerbsfähiger Standorte.

In Bezug auf die Beschäftigungspolitik kommt dazu noch die Steigerung der Anpassungsfähigkeit und die Qualifizierung der Arbeitnehmer/innen. Die breite regionale **Verankerung der innovations- und wissensbasierten Wirtschaft** erfordert vor allem:

- Die Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten;
- die Steigerung der InnovatorInnenquote sowie radikalere Innovationen in allen Wirtschaftsbereichen mit einer Schwerpunktsetzung auf KMU;
- die Steigerung der Ressourcenproduktivität (vor allem Ökotechnologien und Energietechnologien).

Der unternehmensorientierten Schwerpunktsetzung steht die **Zielsetzung der Standortprofilierung** gegenüber. Damit ist ein sehr komplexes Thema angesprochen, das je nach regionalen Gegebenheiten höchst unterschiedliche Ausprägungen und Schwerpunktsetzungen haben kann. Grundsätzlich geht es dabei um:

- Die Schaffung hochrangiger größerer Standorte;
- die Stärkung der internationalen Verflechtung der Standorte;
- eine nachhaltige Regionalentwicklung die bewusst auch die Entwicklungskraft der Städte nutzt;
- die Verbesserung der Erreichbarkeit insbesondere im ÖPRNV;
- die Erhaltung, Pflege und Inwertsetzung natürlicher Ressourcen ;
- den Schutz vor Naturgefahren.

Beide Ansätze müssen sinnvoll verknüpft werden, um eine erfolgreiche Regionalentwicklung zu ermöglichen.

Abbildung: Das übergeordnete Zielsystem des STRAT.AT



Quelle: STRAT.AT-Prozess

Was bringt STRAT.AT für Tirol

Tirol ist inhaltlich und zeitlich auf dem besten Weg in die neue EU-Förderperiode. Es wird alles Erforderliche unternommen, die künftig für Regionalentwicklung verfügbaren Mittel so wirkungsvoll wie möglich zu platzieren.

Bei der Feinabstimmung der verschiedenen Strategiefelder müssen die regionstypischen Besonderheiten berücksichtigt werden. Für Tirol bedeutet das insbesondere ein konkretes Eingehen auf den Berggebietscharakter unseres Landes. Ebenso sind die lagebedingt sehr engen Verflechtungen mit den Nachbarregionen ein Thema von besonderer Bedeutung. Auch auf diese Notwendigkeit wird in STRAT.AT ausdrücklich hingewiesen.

Ausgehend von eigenen Vorarbeiten und auf Grundlage von STRAT.AT sind mittlerweile die Vorarbeiten an den künftigen EU-Regionalförderungsprogrammen für Tirol voll angelaufen.

Dies betrifft insbesondere die Erstellung des Programmes zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, das dem

bisherigen Ziel 2-Programm nachfolgen wird.

Gemeinsam mit den Partnerregionen in den jeweiligen Grenzräumen sind aber auch die Programme zur Stärkung der territorialen Zusammenarbeit (bisher: INTERREG) für den Österreichisch-Italienischen und für den Österreichisch-Bayerischen Grenzraum bereits in Arbeit.

In sehr guter Zusammenarbeit mit den agrarischen Dienststellen werden laufend auch die notwendigen Abstimmungen zwischen den neuen Strukturfondsprogrammen und dem künftigen Programm für ländliche Entwicklung – in dem ja auch die bisherige Gemeinschaftsinitiative Leader+ aufgeht – vorgenommen.

Um die einzelnen Regionen des Landes bestmöglich auf die künftigen Aufgaben

vorzubereiten, ist darüber hinaus ein Konzept zur Stärkung der Regionalmanagementstrukturen in Vorbereitung.

Da auf EU-Ebene inzwischen Einigung über die finanzielle Vorschau 2007 - 2013 erzielt wurde, wird es in Bälde auch Klarheit über die finanzielle Dimension der einzelnen Programme geben.

Quelle: Berichtsentwurf Christof Schremmer (Projektleitung), ÖIR; Medieninhaber: Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK); A-1010 Wien, Hohenstaufengasse 3
e-mail: oerok@oerok.gv.at
Bearbeitung: Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR), Wien, A-1010 Wien, Franz-Josefs-Kai 27

www.oerok.gv.at

Ein neuer Blick auf die räumliche Struktur in Tirol

Elmar Berkold

In Tirol gibt es – nicht zuletzt wegen des gebirgigen Charakters – stark unterschiedliche Nutzungsstrukturen. Bei differenzierten Betrachtungen des Landes lag bisher der Fokus auf der Unterscheidung in Dauersiedlungsraum und extensiv genutzte Gebiete. Für das Leitbild ZukunftsRaum Tirol wurde eine Raumgliederung entwickelt, die auf vorherrschenden Nutzungen fußt.

Neuer Ansatz notwendig

Eine derartige Einteilung des Landes nach räumlich dominanten Nutzungen soll

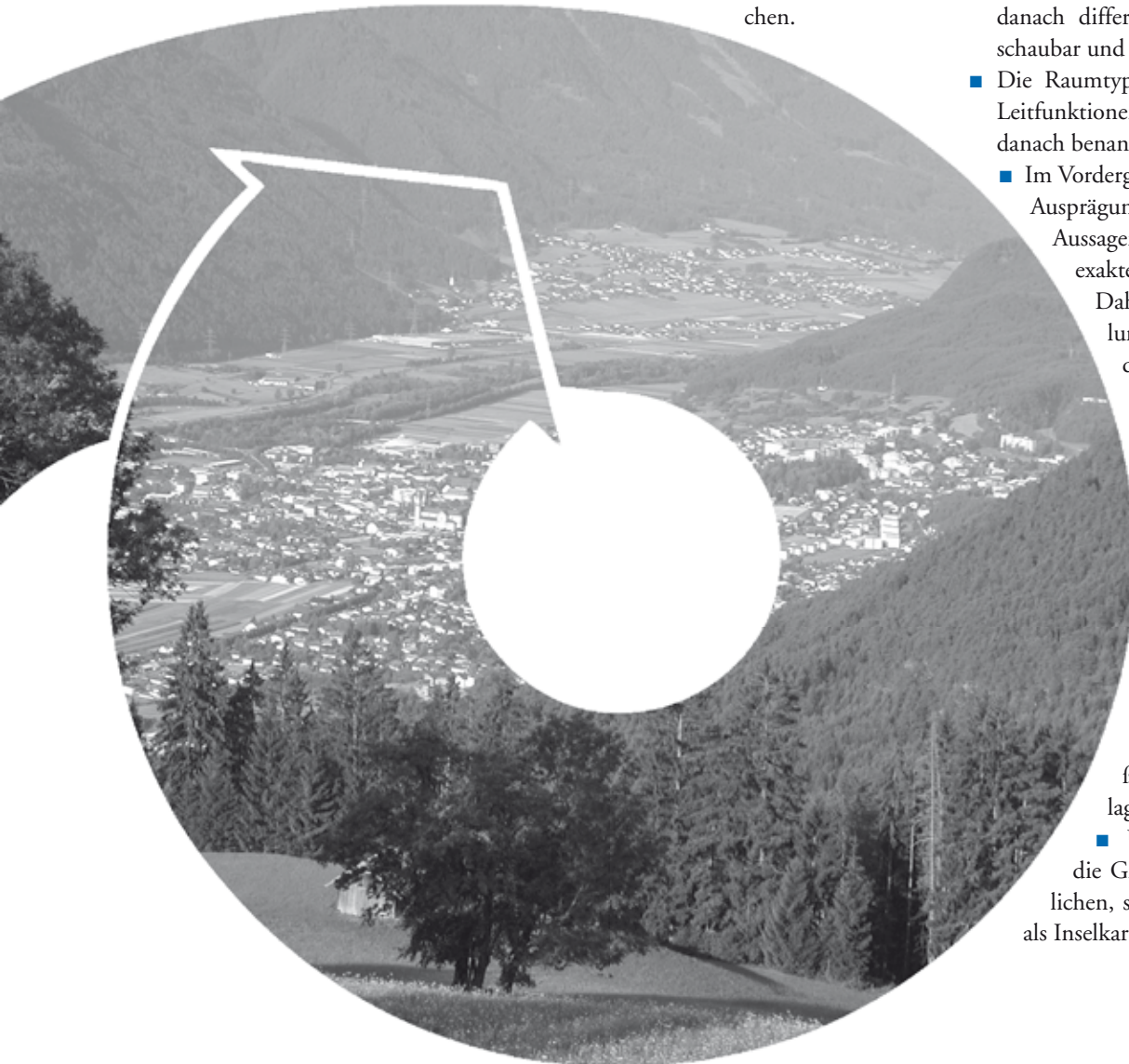
- einen schnellen und plakativen Überblick über Tirol und die direkt angren-

zenden Gebiete verschaffen,

- eine einfache räumliche Differenzierung von Statistiken sowie
- Visualisierungen und differenzierte Aussagen im Zusammenhang mit dem Leitbild ZukunftsRaum Tirol ermöglichen.

Für eine zielgerichtete und praktikable Gliederung des Landes entsprechend dem eben dargestellten Zweck stellen sich folgende Forderungen:

- Die Zahl der Raumtypen soll klein sein, damit die Darstellung einfach und danach differenzierte Aussagen überschaubar und nachvollziehbar sind.
- Die Raumtypen sollen sich an einer Leitfunktion orientieren und auch danach benannt sein.
- Im Vordergrund muss die räumliche Ausprägung stehen, auf die sich die Aussagen beziehen, und nicht die exakte räumliche Zuordnung. Daher müssen die Darstellung der Raumtypen und die Grundkarte stark generalisiert sein.
- Für die Abgrenzung müssen Schwellenwerte von leicht erhältlichen Daten verwendet werden, damit die Darstellung ohne größere Probleme auch für frühere Zeitpunkte rekonstruierbar ist und über die Landesgrenzen hinweg eine einigermaßen vergleichbare Datenlage herrscht.
- Um auch den Blick über die Grenzen hinaus zu ermöglichen, soll die Darstellung nicht als Inselkarte erfolgen.



Leitnutzungen

Bei der Erarbeitung der Methodik wurden Anleihen in der Schweiz genommen, speziell beim Kantonalen Richtplan Graubünden. Die für diesen gebirgigen Kanton erarbeiteten Leitnutzungen lassen sich auch auf Tirol sinnvoll anwenden. Obwohl dominante Leitnutzungen ausgewiesen werden, finden sich vielerorts Mischnutzungen.

Verdichtungsräume

Leitfunktion ist eine hohe Nutzungsdichte mit den Schwerpunkten Wohnen, Gewerbe bzw. Industrie und Dienstleistungen. Der Raumtyp ist fast ausschließlich in den Haupttälern zu finden. Der Typ umfasst Gebiete mit aufsummiert über 600 Einwohnern + Arbeitsplätzen je km² Dauersiedlungsraum. Dabei müssen mindestens 2 zusammenhängende Gemeinden diesen Schwellenwert übersteigen. Einzelne Gemeinden unter dem Schwellenwert werden mitgenommen, wenn sie von Verdichtungsgemeinden umschlossen sind.

Touristisch intensiv genutzte Räume

Leitfunktion dieses Raumtyps ist der Tourismus. Der Typ umfasst nicht nur Talbereiche, sondern auch touristisch intensiv genutzte Berggebiete. Berücksichtigt werden Gemeinden mit mehr als 250.000 Übernachtungen und Schigebiete mit mehr als 3.000 Pers./Hkm/h Transportkapazität. Bei großflächigen Gemeinden werden Bereiche mit weniger starker touristische Nutzung nicht als touristischer Intensivraum dargestellt. Auch hier braucht es für die Darstellung mindestens zwei zusammenhängende Einheiten (2 Gemeinden oder Gemeinde + Skigebiet).

Tabelle: Flächenanteile der Raumtypen

Raumtypen	Flächenanteile
Verdichtung	4,0
intensiver Tourismus	12,0
Verdichtung + Tourismus	0,7
ländlich intensiv	6,4
ländlich extensiv	46,3
naturnah	30,5
Summe	100,0

Tabelle: Anteile an den Raumtypen

Raumtypen	Gemeinden	Einwohner	Übernachtungen
	Anteile in %		
Verdichtung	28,7	57,3	12,8
intensiver Tourismus	19,0	17,1	59,5
Verdichtung + Tourismus	3,9	5,2	10,9
ländlich intensiv	48,4	20,4	16,8
Summe	100,0	100,0	100,0

Touristisch intensiv genutzte Verdichtungsräume

Dieser Raumtyp ist die einzige „Mischform“, in der sich bei hoher Dichte gewerbliche und touristische Nutzungen überlagern.

Ländliche Räume

Leitfunktionen dieses Raumtyps sind Landwirtschaft und Wohnen.

Der Typ umfasst die Tal- und Hangbereiche bis zur Almregion, sofern sie nicht stark verdichtet oder intensiv touristisch genutzt sind. Wegen der unterschiedlichen Nutzungsintensität wurden die ländlichen Räume in **intensiv genutzte ländliche Räume** (Dauersiedlungsraum) und **extensiv genutzte ländliche Räume** (hauptsächlich Wald und Almen) untergliedert.

Naturnahe Räume im Hochgebirge

Dieser Typ liegt oberhalb der Wald- und Almregion mit Ausnahme von ausgedehnten schichttechnisch erschlossenen Gebieten. Folglich deckt er im Wesentlichen die Fels- und Gletscherregionen ab.

Ergebnisse

In der Tabelle sind – beschränkt auf das Bundesland Tirol – die Flächenanteile der einzelnen Raumtypen angeführt. Weiters wurden entsprechend der Lage des Gemeindezentrums einander die Zahl der Gemeinden, sowie deren Einwohner und touristischen Nächtigungen prozentuell gegenüber gestellt.

In Tirol entfallen nach dieser Darstellung ca. 45 % der Landesfläche auf extensiv genutzte ländliche Räume, etwa 30 % auf naturnahe Bergregionen und ein knappes Viertel auf intensiv genutzte Raumtypen. In den Verdichtungsräumen leben in

knapp 30 % der Gemeinden über 55 % der Wohnbevölkerung Tirols. Noch markanter ist die Konzentration der Nächtigungen in den touristisch intensiv genutzten Räumen. Hier entfallen auf nur ca. 20 % der Gemeinden fast 60 % der Übernachtungen. Im Bereich der intensiv genutzten ländlichen Räume vereint knapp die Hälfte der Tiroler Gemeinden jeweils etwa 20 % der Einwohner und Nächtigungen auf sich.

Wirft man zum Vergleich einen Blick auf das benachbarte bayrische Hügelland, zeigt sich ein deutlich geringerer Anteil an Extensivflächen, die intensiv genutzten Raumtypen sind dort größtenteils dem ländlichen Raum zuzurechnen.

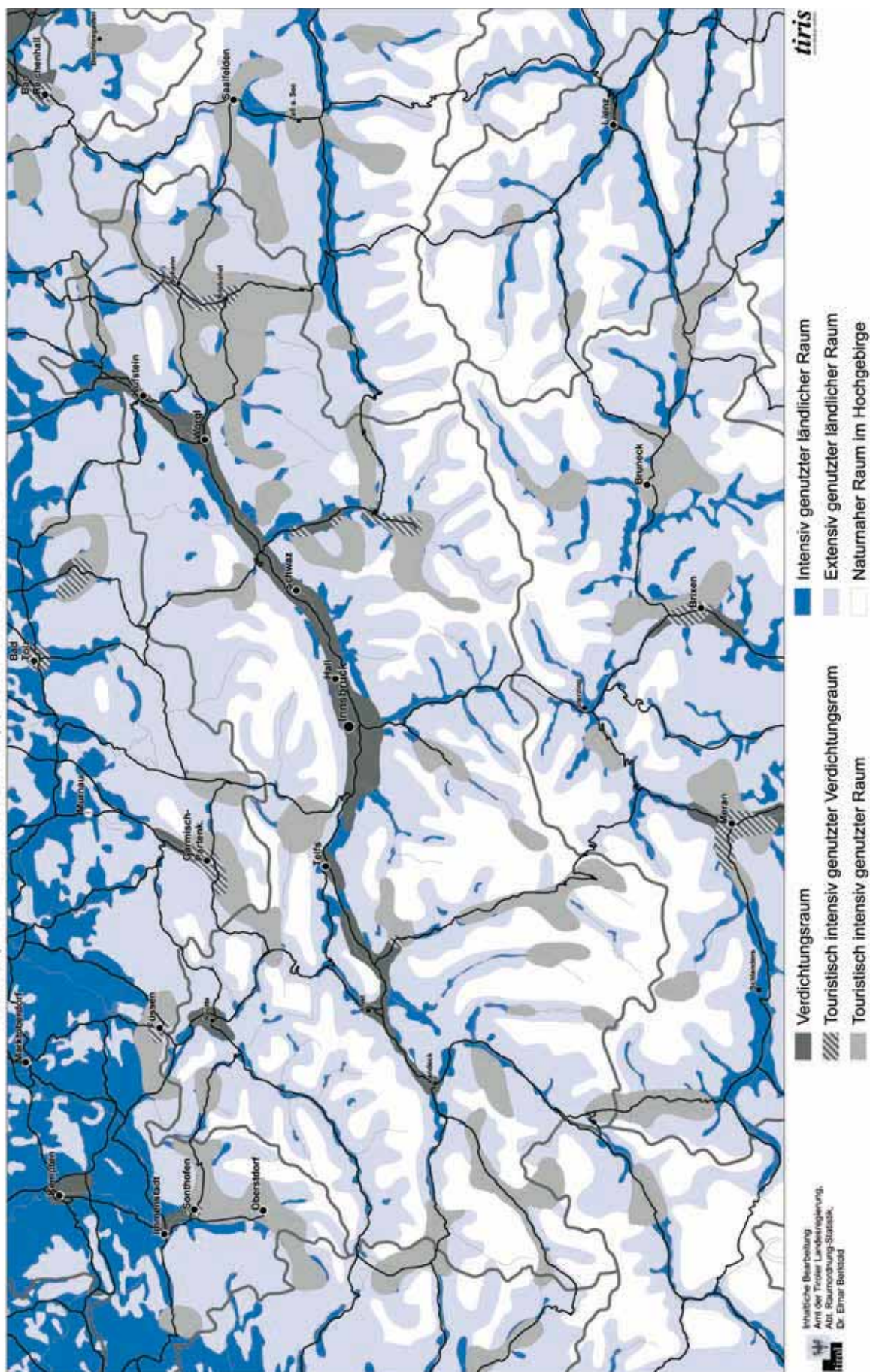
Verdichtungsräume mit einer hohen Konzentration an Bevölkerung und Arbeitsplätzen findet man auch außerhalb Tirols fast ausschließlich in den Haupttälern der Berggebiete, aber im Bereich der Karte kaum so ausgedehnt wie im Inntal.

Touristisch intensiv genutzten Räume verteilen sich über die meisten Berggebiete, wobei die größten zusammenhängenden Bereiche in den Kitzbüheler Alpen und im Allgäu zu finden sind.

Ausblick

Nach der Diskussion dieses für Tirol neuen Ansatzes soll für Stichjahre der Vergangenheit – z. B. 1961 und 1981 – eine Gliederung des Landes nach der selben Methode vorgenommen werden. Damit kann auf plakative Art die Entwicklung der räumlichen Struktur dargestellt werden – insbesondere die sukzessive Ausdehnung der Verdichtungsräume und der touristisch intensiv genutzten Räume. ■

Analyse der Raumtypen Tirols 2005



Die Zukunft ländlicher Räume: Veränderungen, Probleme, Handlungsstrategien

Helmut Hiess

Im Auftrag der Österreichischen Raumordnungskonferenz ÖROK wurden die Rahmenbedingungen zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume untersucht. Zur Sicherung einer möglichst ausgeglichenen Raumstruktur wird die Umsetzung von 2 Handlungsstrategien empfohlen.

Lebensmittelgeschäft, Kindergarten, Schule, Arzt und Krankenhaus, Essen auf Rädern und Heimhilfe, Post und Internet-Anschluss, öffentliche Verkehrsverbindungen, aber auch das Dorfwirtshaus sind Einrichtungen, die allen zugänglich sein sollten.

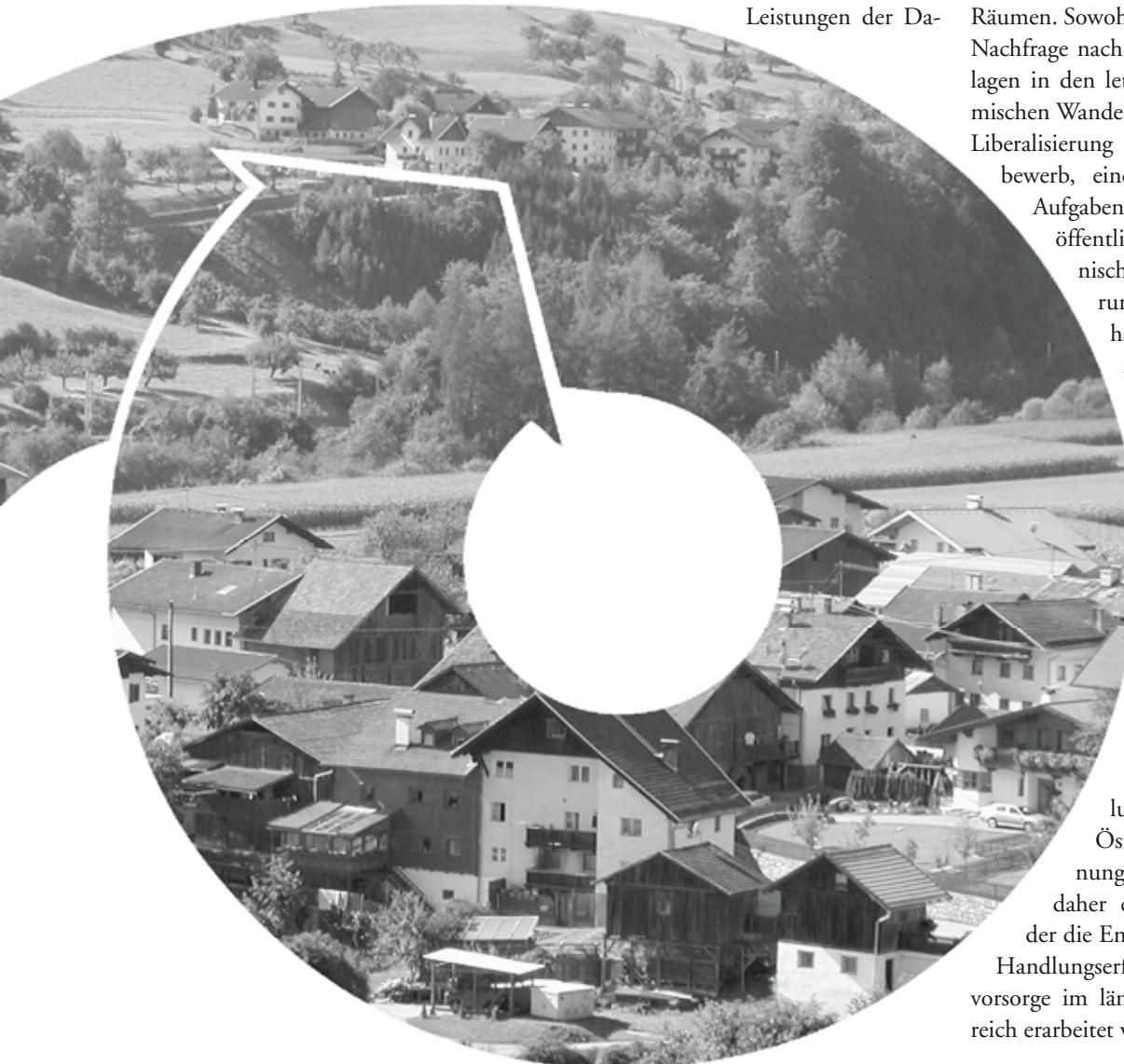
Es handelt sich um Leistungen, die dem Gemeinwohl dienen und an deren Bereitstellung ein öffentliches Interesse besteht, ohne dass sie deshalb von der öffentlichen Hand selbst erbracht werden müssen. Diese Leistungen werden auch als Leistungen der Da-

seinsvorsorge oder Dienstleistungen im allgemeinen Interesse bezeichnet.

Sie bilden eine Basis für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit von Räumen. Sowohl das Angebot als auch die Nachfrage nach diesen Leistungen unterlagen in den letzten Jahren einem dynamischen Wandel:

Liberalisierung und verstärkter Wettbewerb, eine neue Sicht staatlicher Aufgaben und die Privatisierung öffentlicher Leistungen, technischer Fortschritt, Änderungen des Verbraucherverhaltens sowie Bedarf nach neuen Leistungen durch den gesellschaftlichen Wandel werfen die Frage auf, was diese Veränderungen für den ländlichen Raum bedeuten und wie darauf reagiert werden soll.

Die Erhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume ist eines der wichtigsten Ziele im Österreichischen Raumentwicklungskonzept 2001. Die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) hat daher eine Studie vergeben, in der die Entwicklungstendenzen und Handlungserfordernisse zur Daseinsvorsorge im ländlichen Raum in Österreich erarbeitet werden.



Die Analyse

Aus der Analyse der Leistungen der Daseinsvorsorge lässt sich aktuell keine grundsätzliche Gefährdung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume feststellen.

Die täglichen und periodischen Leistungen der Daseinsvorsorge sind mit dem PKW weitgehend flächendeckend in einem zumutbaren Zeitaufwand erreichbar. Bei der Kinder- und Altenbetreuung oder bei der Erschließung mit Telekommunikationsinfrastruktur wurden die Angebote in den letzten Jahren sogar erheblich ausgeweitet. Es ist aber gleichzeitig in einzelnen Sektoren eine Erosion des Angebots an Leistungen vor allem in den kleineren Ortschaften in eher dünn besiedelten Gebieten zu beobachten. Daraus entstehen strukturelle Zwänge zu einer motorisierten Mobilität sowie eine Schwächung der Vitalität und Funktionsfähigkeit der jeweiligen Gemeinwesen durch erhöhte Auspendlerquoten oder Abwanderung. Nichtmotorisierte Bevölkerungsgruppen, Familien mit Kindern und betagte pflegebedürftige Personen und ihre Angehörigen sind von einer erschwerten Alltagsorganisation betroffen. In Gebieten mit erwartbarer Bevölkerungsabnahme, niedriger Bevölkerungsdichte,

geringem oder fehlendem Tourismus und in Ortschaften unter 1.000 Einwohnern ist langfristig mit einer dramatischen Verschärfung dieser Entwicklung zu rechnen. Immerhin leben fast 50 % der Bevölkerung des ländlichen Raumes in Gebieten, in denen in Zukunft die Erbringung von Leistungen gefährdet sein könnte. Ein möglichst dezentrales Angebot von Diensten der Daseinsvorsorge ist aber nicht nur aus Gründen einer möglichst guten und gerechten Versorgung erstrebenswert.

Es geht auch um folgende Aspekte:

- Die Erhaltung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sind zu einem wichtigen Arbeitgeber in den ländlichen Gemeinden geworden. In einem Drittel der ländlichen Gemeinden sind bereits mehr als 20 % der Arbeitsplätze der Daseinsvorsorge zuzurechnen.
- Die Aufrechterhaltung eines belebten öffentlichen Raumes und der Identi-

tät des Gemeinwesens und damit um die Gestaltung eines attraktiven Lebensraumes und die Stabilisierung der Wohnbevölkerung.

Neben dem Abbau bestehender Leistungen der Daseinsvorsorge sind in Zukunft auch neue Versorgungsprobleme für den ländlichen Raum zu erwarten:

- Die Bevölkerung wird älter. Die privaten Pflegeleistungen gehen durch den Wandel der familiären Strukturen zurück. Die Sicherung der Altenbetreuung im ländlichen Raum wird eine der zentralen Aufgaben in der Zukunft.
- Die Ausstattung dünn besiedelter ländlicher Gebiete mit hochleistungsfähiger Telekom-Infrastruktur ist über den Markt allein nicht finanzierbar. Nicht versorgte Gebiete haben in der Standortkonkurrenz um Betriebe und wirtschaftliche Entwicklung keine Chance mehr.



Langfristige Zukunftsszenarien

Welches Zielszenario der räumlichen Entwicklung streben wir an? Ohne gegensteuernde Maßnahmen verkommen die ländlichen Räume zu Abwanderungsgebieten.

Behandelt wird eine idealtypische Region von der Größe eines politischen Bezirkes, die ein erhöhtes Risikopotenzial für die Aufrechterhaltung oder die Qualitätsverbesserung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge aufweist. Für dieses Gebiet wurde ein Szenario entworfen, in dem bewusst davon ausgegangen wird, dass keine gegensteuernden Maßnahmen ergriffen

werden. Der erwarteten Raumstruktur dieses Laissez faire-Szenarios werden drei unterschiedliche Zielszenarien gegenübergestellt.

Unter Zielszenario werden künftige Raumstrukturen verstanden, die durch konkrete Politiken und Maßnahmen angestrebt werden.

Zielszenario „Laissez-faire plus“

Dieses Szenario geht davon aus, dass sich die überregionalen Marktmechanismen durchsetzen. Auf regionaler Ebene geht es darum, durch eine Konzentration der Kräfte und Mittel auf die regionalen Zentren im Wettbewerb der Regionen bestehen zu können. Die Versorgung mit Diensten der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum erfolgt mit dem Pkw und mit mobilen Diensten für nicht motorisierte Bevölkerungsgruppen.

Zielszenario „Ausgeglichene Raumstruktur ideal“

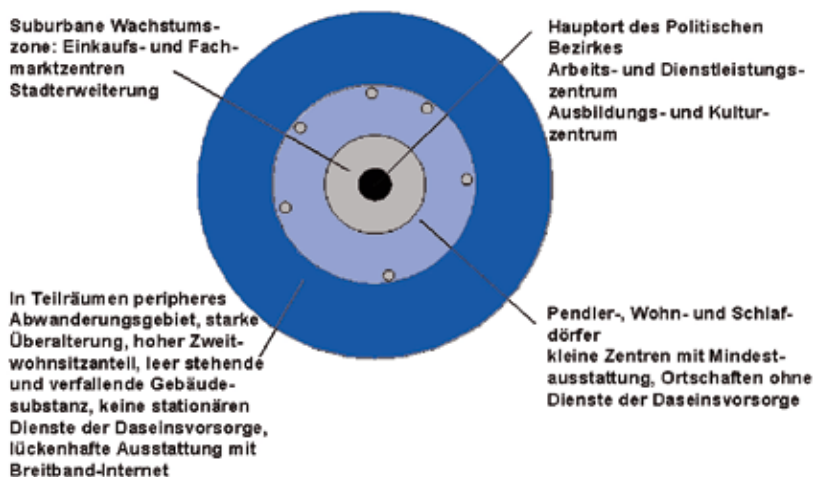
In diesem Szenario hat eine ausgeglichene Raumstruktur oberste Priorität. Eine weitere Suburbanisierung wird durch ordnungspolitische Maßnahmen gebremst. Die zentralen Orte der untersten Stufe werden gezielt gestärkt. Kleinregionale multifunktionale Zentren stellen stationäre Dienste der Daseinsvorsorge auch in Ortschaften unter 1.000 Einwohner bereit.

Zielszenario „Ausgeglichene Raumstruktur real“

In diesem Szenario wird davon ausgegangen, dass eine weitgehend ausgeglichene Raumstruktur mit den verfügbaren Mitteln nicht erreichbar ist. Eine weitere Suburbanisierung mit Einkaufs- und Fachmarktzentren wird sich bis zu einem gewissen Grad nicht verhindern lassen, kann aber gebremst werden. Die Dienste der Daseinsvorsorge werden in den zentralen Orten der unteren Stufe und der untersten Stufe (in Ortschaften mit mehr als 1.000 EW) angeboten. In Kombination mit lokalen Initiativen können einige kleinregionale multifunktionale Zentren in kleineren Ortschaften (unter 1.000 Einwohner) entwickelt werden.

Abb.: Laissez-faire-Szenario und Zielszenario „Ausgeglichene Raumstruktur real“

Laissez-faire-Szenario



Zielszenario Ausgeglichene Raumstruktur real



Handlungsstrategien

Im ÖROK-Projekt „Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume – Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und Regionale Governance“ wurden vom beauftragten Projektteam zwei Handlungsschwerpunkte zur Diskussion gestellt.

Wenn es nun politisches Ziel ist, eine möglichst ausgeglichene Raumstruktur zu erreichen und eine gerechte Zugänglichkeit der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge mit einem zumutbaren Aufwand zu sichern, stellt sich die Frage, welche Maßnahmenstrategien verfolgt werden sollen.

Koordination und Kooperation über Gemeindegrenzen und Sektoren hinweg

Knappe Ressourcen erfordern eine Bündelung der Kräfte. Gerade bei kleinen Gemeinden wird die Erbringung der Leistungen der Daseinsvorsorge nur bei gemeindegrenzenübergreifender Koordination und Kooperation möglich sein. Es wird auch notwendig sein, von einer rein sektoralen Organisation der Leistungserbringung wegzukommen. Alle Synergiepotenziale müssen genutzt werden, damit eine kleinräumige und dezentrale Leistungserbringung gesichert werden kann. Ein aktuelles gutes Beispiel ist etwa das Sozialzentrum Mieming im Tiroler Oberland: Fünf Gemeinden haben gemeinsam mit einem Wohnbauträger ein neues Sozialzentrum geplant und errichtet, in dem ein Pflegeheim mit 41 Betten, 12 Einheiten für betreutes Wohnen, ein Kindergarten mit Krabbelstube, eine Arztpraxis, Cafe und Multifunktionsräume sowie das Büro des regionalen Gesundheits- und Sozialsprengels unter einem Dach vereint sind.

Quelle: Hiess et. al. (2005): Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume – Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und Regionale Governance – Veränderungen, Probleme, Handlungsbedarf.

Im Auftrag der Österreichischen Raumordnungskonferenz. Wien.

www.oerok.gv.at

Unterstützung und Förderung ehrenamtlicher Gemeinwesenarbeit und von Non-Profit-Organisationen

Wenn davon auszugehen ist, dass vor allem in den kleinen Einheiten des ländlichen Raumes (Ortschaften, Dörfer) eine gemeinwesenorientierte Selbstorganisation auch bei Diensten der Daseinsvorsorge eine stärkere Bedeutung bekommen wird, dann werden Beratungsleistungen und organisatorische Hilfestellungen zu einem wichtigen Instrument beim Aufbau und bei der Professionalisierung dieser Aktivitäten. Dafür müssen Beraternetzwerke und finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

Begleitende Maßnahmen

Zur Unterstützung dieser Handlungsschwerpunkte werden folgende flankierende Maßnahmen als zweckmäßig erachtet:

- Aufbau eines Monitoringsystems, Festlegung von Zielstandards für die Versorgung, regelmäßige Evaluierung zur Entwicklung und Verbesserung von Maßnahmenstrategien.
- Aufbau eines Wissensmanagements für den ländlichen Raum: Sammlung und Aufbereitung von Best Practices, Einrichtung einer Kontaktdrehscheibe, Organisation von Veranstaltungen und Exkursionen.
- Bereitstellung von Beratungsleistungen für Gemeinden, Non-Profit-Organisationen und ehrenamtlich tätige Personen für Projektplanung, Organisationsentwicklung, Fragen der rechtlichen und finanziellen Abwicklung, betriebswirtschaftliche Fragen, Qualitätssicherung.

Umsetzung der Handlungsstrategien

Zur Umsetzung der vorgeschlagenen Handlungsschwerpunkte und der flankierenden Maßnahmen kann weitgehend auf bestehende Instrumente und Institutionen zurückgegriffen werden. Dazu zählen:

- **Finanzpolitische Instrumente:** Bedarfszuweisungen, Gemeindeausgleichsfonds, bilaterale Vereinbarungen über gemeindeübergreifende Kosten- und Ertragsteilungen (z.B. Kommunalsteuersplitting)
- **Förderinstrumente:** EU-Agrar- und Strukturfonds 2007 – 2013, Förderung der Nahversorgung, Dorf- und Stadterneuerung
- **Ordnungspolitik:** Einkaufszentrenverordnung, Flächenwidmungspflicht für Supermärkte ab 300 m²
- **Entwicklungspolitik:** Regionalmanagement, Dorferneuerung, Agenda 21
- **Organisatorische Instrumente:** Zweckverbände, Regionalverbände

Neben diesen sektorübergreifenden Instrumenten und Institutionen müssen natürlich auch die klassischen sektoralen Instrumente so weiterentwickelt werden, dass sie einen Beitrag zur Sicherung einer räumlich und sozial gerechten Zugänglichkeit zu Leistungen der Daseinsvorsorge leisten. Hier wird vor allem die künftige Mobilitätsorganisation und die Versorgung mit Diensten der Telekommunikation eine zentrale Rolle spielen.

Die Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge ist in Österreich im Vergleich zu manch anderen europäischen Regionen auf einem hohen Standard. Damit aber dieser Standard gehalten werden kann, sollten jetzt die Weichenstellungen vorgenommen werden. ■

Umsetzung der EU-Regionalpolitik in Tirol

Andrea Fink

Im Rahmen der regionalisierten EU-Förderprogramme stehen für Tirol im Zeitraum 2000 bis 2006 in Summe 309 Mio. Euro zur Verfügung, rund 66 Mio. Euro kommen von der EU. Diese Mittel stellen gezielte Investitionsanreize in den Förderregionen in unserem Land dar.

Als „Förderinstrumente“ stehen Tirol dafür folgende Programme zur Verfügung:

Ziel 2-Programm Tirol

Das Ziel 2-Programm Tirol stellt das finanziell am höchsten dotierte EU-Regionalförderungspro-

gramm Tirols dar. Für das gesamte Programm stehen für die Laufzeit 2000-2006 Euro 44,7 Mio. Euro an EU-Mitteln zur Verfügung. Ziel dieses Förderprogramms ist es, die bestehenden Ungleichgewichte zwischen Regionen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht auszugleichen und zu einem stärkeren Zusammenhalt zu führen.

Das Ziel 2-Programm gelangt nur in bestimmten Bezirken/Gemeinden Tirols zur Anwendung: im Tiroler Oberland (Bezirke Imst, Landeck), in Osttirol, sowie Teilen der Bezirke Reutte, Innsbruck-Land, Schwaz, Kufstein und Kitzbühel.

Das Ziel 2-Programm baut auf von der EU-Kommission definierten, prioritären Zielen und Schwerpunkten auf und unterscheidet drei inhaltliche Bereiche:

- Betriebliche Förderung - Standortattraktivierung - neue Technologien
- Tourismus, Freizeit und Lebensqualität
- Innovative regionale Problemlösungen und kommunale Umweltprojekte

Im Zeitraum 2000 bis Oktober 2005 konnten rund 80% der EU-Mittel in Projekten gebunden werden. Insbesondere der Schwerpunkt „Betriebliche Förderung - Standortattraktivierung - neue Technologien“ sowie der Bereich „Kommunale Umweltanliegen“ wurden bislang sehr gut angenommen.

Tabelle: EU-Regionalförderung 2000 - 2006 in Tirol

Ausgewählte EU-Programme	EU-Mittel in Mio. Euro	Mittelbindung Oktober 2005
Ziel2	44,7	80%
INTERREG III A-I	7,1	87%
INTERREG III D-A	7,0	80%
LEADER+	7,8	90%

INTERREG III Programme

Die INTERREG-Initiative wurde von der EU für den Zeitraum 2000 bis 2006 mit einer finanziellen Dotierung von 4,875 Mrd. Euro im gesamten EU-Raum ausgestattet.

INTERREG III verfügt über drei Sparten:

- **INTERREG IIIA**
ist grenzüberschreitend-regional ausgerichtet (Tirolbezug: Österreich-Italien und Österreich-Deutschland)
- **INTERREG IIIB**
hat eine transnationalen Ausrichtung (Tirolbezug: Alpenraum und CADSES)
- **INTERREG IIIC**
ist auf die interregionale Zusammenarbeit ausgerichtet, die Kooperation von Regionen ermöglicht, die nicht unmittelbar aneinander grenzen.

INTERREG IIIA-Programm Österreich-Italien

Die Programmregion besteht aus den österreichischen NUTS-3-Regionen Tiroler Oberland, Innsbruck, Tiroler Unterland, Osttirol, Pinzgau-Pongau, Oberkärnten und Klagenfurt-Villach sowie aus den italienischen Provinzen Bozen (Südtirol), Belluno und Udine.

Das Finanzvolumen des INTERREG IIIA-Programmes Österreich-Italien in Tirol beträgt etwa 14 Millionen Euro, wovon über 7 Millionen Euro durch die Europäische Union bereitgestellt werden. Bis Oktober 2005 wurden bisher 87 % der Finanzmittel an Projekte gebunden. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt vor allem in den Bereichen

- Ausbau der Verbindungen im Grenzraum
- Verstärkung der wirtschaftlichen Kooperationen
- Qualifizierung, berufliche Weiterbildung, innovative Projekte am Arbeitsmarkt
- Kultur, Forschung, Gesundheitswesen
- Förderung von Einrichtung, die zu einer Harmonisierung der Systeme führen kann

Die Zusammenarbeit mit Südtirol ist besonders intensiv. Hervorzuheben ist vor allem die Tatsache, dass im Vergleich zum INTERREG-Programm der Periode 1995-1999 eine deutliche Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Provinz Belluno und der Region Veneto festzustellen ist.

INTERREG IIIA-Programm Deutschland-Österreich

Neben Tirol sind an diesem Programm auch die österreichischen Bundesländer Salzburg und Oberösterreich sowie die bayerischen Regierungsbezirke Schwaben, Niederbayern und Oberbayern beteiligt. Das Programm fördert in seinen drei Prioritäten folgende Schwerpunkte:

- Grenzüberschreitende Regionalentwicklung, Netzwerke
 - Wirtschaftliche Kooperationen
 - Humanressourcen, Bildung und Qualifikation, Arbeitsmarkt
 - Grenzüberschreitende Infrastruktur
- Bis Oktober 2005 wurden rund 80 % der zur Verfügung stehenden Mittel an Projekte gebunden. Einen besonderen Stellenwert nehmen in diesem INTERREG-Programm die Euregios ein. Diese Einrichtungen bilden ein organisatorisches Dach für Regionen, die grenzüberschreitend zusammenarbeiten wollen. Derzeit befassen sich drei Euregios im österreichisch-deutschen Grenzraum mit den Möglichkeiten der Vernetzung. Dies sind die Euregios Inntal, Zugspitz / Wetterstein / Karwendel sowie via salina.

INTERREG IIIB

Tirol beteiligt sich an den beiden transnationalen Programmen „Alpenraum“ und „CADSES“. Besonders das Alpenraumprogramm ist in Tirol auf breites Interesse gestoßen.

INTERREG IIIB-Alpenraum

Das Alpenraumprogramm ist ein gemeinsames Programm für alle Alpenstaaten, einschließlich der Nicht-EU Mitglieder Schweiz und Liechtenstein. Ziel dieser transnationalen Zusammenarbeit ist eine abgestimmte, nachhaltige Entwicklung des Alpenraumes. Das Programmvolumen beträgt insgesamt 123 Mill. Euro, davon 56 Mio. Euro an EU Mitteln.

In diesem Programm werden folgende Förderschwerpunkte gesetzt:

- Förderung des Alpenraumes als wettbewerbsfähiger und attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum
- Entwicklung nachhaltiger Transportsysteme unter bes. Berücksichtigung von Effizienz und Erreichbarkeit
- Förderung der Umwelt und der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und des Kulturerbes

INTERREG IIIB-CADSES

Die transnationalen Kooperationen spielen in der europäischen Raumentwicklung aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeiten und wechselseitigen Verflechtungen eine immer größere Rolle. CADSES ist eine Kooperation von Ländern des mitteleuropäischen, adriatischen, Donau- und südosteuropäischen Raumes.

Ziel ist es, durch die Förderung von großräumigen Zusammenschlüssen eine ausgewogene Entwicklung innerhalb der EU und eine Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes der beteiligten Staaten zu bewirken. Die Schaffung eines Europäischen Raumentwicklungskonzeptes soll die Basis für diese Entwicklung darstellen. Dem Programm steht für die angeführte Gebietskulisse ein Finanzvolumen von 239 Mio. Euro zur Verfügung, wovon 128 Mio. Euro von Seiten der EU beigesteuert werden.

Tirol nimmt nur in einem sehr beschränkten Ausmaß an diesem Strukturfondsprogramm teil.

Fortsetzung Seite 33

TIWAG Optionen: Auswahl von Projekten

Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 15. August 2005 auf Grundlage des Syntheseberichts die weiter zu verfolgenden TIWAG-Optionen ausgewählt.

Wie in RO-Info 29 angekündigt, wurde der abschließende Bericht (Synthesebericht) der fachlichen Prüfung der TIWAG-Optionen für den Bau von Wasserkraftwerken in Tirol fristgerecht dem Herrn Landeshauptmann übergeben. Kurz darauf wurden die Ergebnisse den Landtagsabgeordneten, der Landesregierung, den Sozialpartnern, den Bürgermeister*innen der Standortgemeinden, den NGO's und der Öffentlichkeit vorgestellt. Damit verbunden war die Einladung an alle Beteiligten und die Öffentlichkeit binnen eines Monats erste Äußerungen zum Bericht in Form von Stellungnahmen, Anfragen, Kritik usw. abzugeben.

Eine Dokumentation und Auswertung dieser Äußerungen wurde dem Landeshauptmann bzw. der Landesregierung als zusätzliche Information und Entscheidungshilfe vorgelegt. Auch dieser sogenannte Reaktionenbericht kann unter der angeführten Internet - Adresse eingesehen werden. Der Schwerpunkt der eingelangten Äußerungen lag einerseits bei grundsätzlichen energiepolitischen Fragestellungen, andererseits bei Vorbringen zu konkreten Kraftwerks-Optionen.

Auf Basis des Regierungsbeschlusses vom 15.8.2005 wurde die TIWAG beauftragt, folgende Projektvorschläge einer vertiefen-

den Studie zu unterziehen und dabei die Betroffenen intensiv einzubeziehen.

Das jeweils angegebene Regelarbeitsvermögen ermöglicht einen Vergleich mit der Stromverbrauchssituation: In den letzten 10 Jahren ist der Stromverbrauch in Tirol durchschnittlich um 127,4 GWh pro Jahr gestiegen.

Aus der Optionengruppe, die hinsichtlich aller vier Dimensionen der Nachhaltigkeit relativ gute Bewertungen aufweist, wurden die Optionen 9 und 15 ausgewählt.

Ausbau KW Sellrain-Silz

Die Option 9 sieht den Ausbau der bestehenden Kraftwerksgruppe Sellrain-Silz durch Zubau einer zweiten Oberstufe mit einer Ausbauleistung von 200 MW zwischen den bestehenden Speichern - also dem Jahresspeicher Finstertal und dem Speicher Längental - und eine Vergrößerung des Einzugsgebietes durch Beileitungen von Wasser aus dem Ötztal, Stubaital und Gschnitztal vor. Damit erhöht sich die Jahreserzeugung der Kraftwerksgruppe um 349 GWh.

KW Raneburg

Die Option 15 ist eine eher kleine Pumpspeichieranlage mit 20 Mio. m³ Speichervolumen im Jahresspeicher Raneburg im Tauerntal und einem Unterwasserbecken in Matrei-Raneburg. Die Ausbauleistung beträgt hier 100 MW, das Jahresarbeitsvermögen 150 GWh.

Ausbau KW Kaunertal

Aus der „technischen Supergruppe“ mit jenen Optionen, die hinsichtlich der technisch-energiewirtschaftlichen Dimension optimiert sind, wurde eine Kombination der Optionen 2 und 3 ausgewählt. Dabei

sind auch allfällige alternativer Projektvarianten weiter zu untersuchen. Die genannten Optionen sehen den Ausbau des bestehenden Kraftwerkes Kaunertal zu einer Kraftwerksgruppe durch Zubau einer Oberstufe KW Riffelsee-Gepatsch (Speichervolumen des Jahresspeichers Riffelsee 89 Mio. m³) oder Rofenache-Gepatsch (Speichervolumen des Jahresspeichers Gepatsch 96 Mio. m³) als Pumpspeichieranlage und Abarbeitung des Wassers in den Speicher Gepatsch vor. Die Ausbauleistung der Oberstufe beträgt 300 MW bzw. 450 MW. Weiters soll eine zweite Unterstufe zwischen dem Speicher Gepatsch und der Inn-Stauanlage Runserau des Kraftwerkes Prutz-Imst errichtet werden, wobei die Ausbauleistung der Unterstufe in beiden Fällen bei 650 MW liegt. Das zusätzliche Jahresarbeitsvermögen wird mit 533 GWh bzw. 684 GWh angegeben.

KW Malfontal

Die vierte weiter zu verfolgende Option ist die Option 1. Sie liegt zwar in jener Optionengruppe, die technisch schwach eingeschätzt wurde und die auch in den anderen Dimensionen der Nachhaltigkeit nicht besonders gut abschneidet. Es ist allerdings im Synthesebericht festgehalten, dass sich diese Einschätzung im Zuge des weiteren Nachdenkens relativieren könnte. Insbesondere geht es dabei um eine Reduktion des Schwall in der Rosanna und im Inn. Bei der Option 1 handelt sich um eine vergleichsweise kleine Speicherkraftwerksanlage ohne Pumpmöglichkeit. Vorgesehen ist ein Speicher im Malfontal südlich von Pettneu am Arlberg mit 14 Mio. m³ Speichervolumen. Die Ausbauleistung des Kraftwerkes beträgt 65 MW, das Jahresarbeitsvermögen 53 GWh. ■



www.tirol.gv.at/raumordnung/optionsbericht

INTERREG IIIC

Die interregionale Zusammenarbeit hat sich zum Ziel gesetzt, einen umfangreichen Informations- und Erfahrungsaustausch zu forcieren.

Das Programm bezieht sich schwerpunktmäßig auf Gebiete mit Entwicklungsrückstand sowie auf Regionen, die sich in einer Umstellungsphase befinden.

Das Programm INTERREG IIIC ist in 4 Regionen untergliedert: die Nord-, Ost-, Süd- und Westzone. Österreich gehört zur Zone Ost.

Der IIIC-Bereich ist auch im Hinblick auf die neuen Mitgliedsländer ein sehr interessantes und junges Programm, in dem sich in den nächsten Jahren noch interessante Möglichkeiten für Tirol ergeben können.

LEADER+

Leader+ fördert innovative, zukunftsorientierte Initiativen und Projekte in ländlichen Regionen. Das Besondere an diesem Programm ist die starke Einbindung der lokalen Bevölkerung, die an der Erarbeitung eines eigenständigen Entwicklungsplanes für die Region mitgewirkt hat.

Das Spektrum der geförderten Eigeninitiativen ist sehr breit gestreut:

- Einsatz von neuem Know-how und neuer Technologie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Erzeugnisse und Dienstleistungen der Region
- Verbesserung der Lebensqualität
- Aufwertung der lokalen Erzeugnisse, indem insbesondere Kleinbetrieben der Marktzugang erleichtert wird
- verstärkte Nutzung und Vermarktung des natürlichen und kulturellen Potentials

- Zusammenarbeit mit anderen Regionen und transnationalen Kooperationen

Leader+ ist in Tirol kein flächendeckendes Programm, sondern konzentriert sich auf einzelne Regionen. Folgende fünf Tiroler LEADER+-Regionen wurden im Zuge einer bundesweiten Ausschreibung ausgewählt:

- LEADER+-Region Außerfern
- LEADER+-Region Ötztal mittleres Tiroler Oberinntal
- LEADER+-Region Wipptal
- LEADER+-Region Pendling
- LEADER+-Region Pillerseetal-Leogang

Das Finanzvolumen von LEADER+ in Tirol beträgt etwa 16 Millionen Euro, wovon über 7 Millionen Euro durch die Europäischen Union bereitgestellt werden.

Ihre Ansprechpartner für EU-Förderungen

Programmverantwortliche Landesstellen

Ziel 2 Tirol
MMag. Martin Traxl

INTERREG IIIA Deutschland-Österreich und INTERREG IIIB
Mag. Sigrid Hilger

INTERREG IIIA Österreich-Italien und LEADER+
Dipl.-Ing. Christian Stampfer

alle
Amt der Tiroler Landesregierung
Abteilung Raumordnung-Statistik
Fachbereich EU-Regionalpolitik
A-6020 Innsbruck,
Landhaus 2, Heiligegeiststraße 5-7
raumordnung.statistik@tirol.gv.at

MMag. Carola Jud
Tirol Büro in Brüssel
info@alpeuregio.org

Wichtige Förderstellen

Ziel 2 ERP-Fonds
Mag. Dagmar Schmalzbauer
A-1031 Wien, Ungargasse 37
d.schmalzbauer@erp-fonds.at

INTERREG IIIA Deutschland-Österreich
Verwaltungsbehörde
Dipl.-Ing. Robert Schrötter
Amt der OÖ Landesregierung
A-4010 Linz, Annagasse 2
robert.schroetter@oee.gv.at

INTERREG IIIA Österreich-Italien
Verwaltungsbehörde
Dr. Wolfgang Bauer
Amt der Südtiroler Landesregierung
I-39100 Bozen, Piavestraße 2
europa@provinz.bz.it

LEADER+
Verwaltungsbehörde
Dipl.-Ing. Markus Hopfner
BM für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Abt. IIB9
A-1012 Wien, Stubenring 1
markus.hopfner@bmlf.gv.at

Regionalmanagements und Euregios

Regio Imst
Mag. Peter Thaler
A-6426 Roppen, Mairhof 97
regionalentwicklung.imst@pline.at

MIAR
Mag. Marius Massimo
A-6500 Landeck, Bruggfeldstraße 5
office@miar.at

Regionsmanagement Osttirol
Mag. Friedrich Veider, Mag. Liebgard Fuchs
A-9900 Lienz, Amlacherstr. 12
f.veider@rmo.at, l.fuchs@rmo.at

Euregio Inntal
Prof. Walter Mayr
A-6330 Kufstein, Andreas Hofer Str. 7
euregio@kufnet.at

Euregio via Salina
DI Birgit Wegner, Landratsamt,
D - 87527 Sonthofen, Oberallgäuer Platz 2
birgit.wegner@lra-sf.bayern.de
Vitales Land
Roger Merk
D-87459 Pffronten, Tiroler Straße 176
roger.merk@vitalesland.com

Euregio Zugspitz-Wetterstein-Karwendel
DI Peter Keller
D-82467 Garmisch-Partenkirchen, Bahnhofstr. 16
keller@euregio-zwk.org

Kompetenznetzwerk Gesundheit Osttirol

Liebgard Fuchs

Osttiroler Unternehmen setzen auf das Stärkefeld „Gesundheit“ und schließen sich zu einem Netzwerk zusammen. Der gemeinnützige Verein hat sich zum Ziel gesetzt, Osttirol im Gesundheitsbereich klar zu positionieren.

Wer steht dahinter?

Das Regionsmanagement Osttirol und die Wirtschaftskammer Lienz haben in Zusammenarbeit mit ca. 50 Unternehmen und Vertretern von Institutionen ein Konzept für eine Kooperation im Stärkefeld Gesundheit und Tourismus erarbeitet. Dabei wurden sechs Themenbereiche mit

jeweils konkreten Maßnahmen fixiert. Der Förderantrag für die Installierung eines Clusters wurde im Sommer 2005 von der Tiroler Zukunftsstiftung bewilligt. Dies bedeutet neben den Mitgliedsbeiträgen eine finanzielle Unterstützung bis zu Euro 400.000,-- für die nächsten fünf Jahre. Dem Verein „Kompetenznetzwerk Gesundheit Osttirol“ gehören neben Un-

ternehmen (Tourismus, Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie) auch wichtige Institutionen an (Gemeinden, Schulen, Osttirol Werbung, Tourismusverbände, Regionsmanagement Osttirol, Kammern, Universitäten ...).

Was wird umgesetzt?

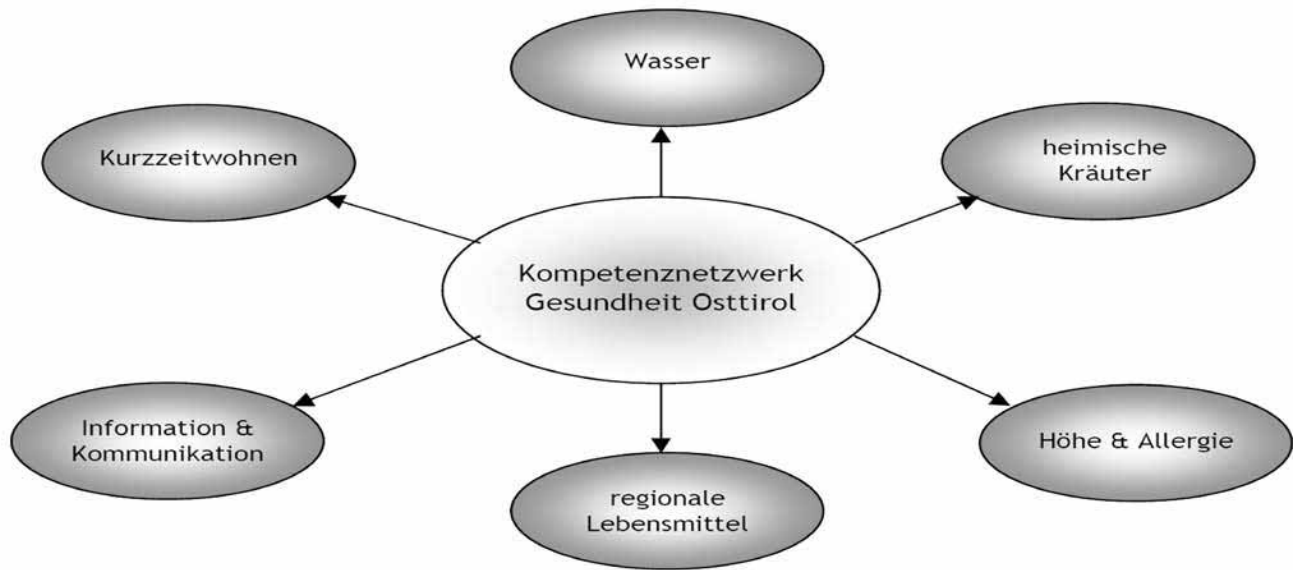
In sechs Themenbereichen (siehe Abbildung) werden nun die geplanten Projekte angegangen.

Drei Beispiele konkreter Projekte: Ein Kneipp-Kultur-Konzept wird erarbeitet und umgesetzt. Die regionalen, heimischen Lebensmittel aus der Landwirtschaft sollen vermehrt auch in der Region gekauft bzw. konsumiert werden. Einige hoch gelegene Tourismusorte setzen bereits auf allergiefreien Urlaub, da Allergene mit der Höhe abnehmen.

Organisation und Ziel

Das Netzwerk wird als gemeinnütziger Verein geführt und hat sich zum Ziel gesetzt, Osttirol im Gesundheitsbereich klar zu positionieren. Mit 1. Oktober 2005 hat die neu eingerichtete Geschäftsführung ihre Tätigkeit aufgenommen, und kann sich nun um die Mitgliederinteressen kümmern. Die wichtigsten Kriterien sind dabei, die Wertschöpfung zu steigern, heimische Arbeitsplätze zu sichern und wenn möglich auszubauen.





Was heißt dies für die regionale Entwicklung Osttirols?

Dazu meint Obmann Josef Schett (Villgrater Natur): „Es gilt, die besonderen Stärken von Osttirol herauszuarbeiten und daraus buchbare und verkaufbare Angebote zu entwickeln. Innovative Produkte können so leichter auf den Markt gebracht werden.“

Die Sichtweise der Regionalentwicklung

vor Ort: „Für den klein strukturierten Alpenraum gibt es nur eine Möglichkeit: durch Allianzen stark auftreten; so kann man der Globalisierung ins Auge sehen. Beim Cluster Mechatronik Tirol ist dies deutlichst sichtbar. Mit diesen Erfahrungen in der Tasche startet nun ein neues Firmennetzwerk – ein weiterer Baustein zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Osttirol.“ (Liebgard Fuchs, Regionsmanagement Osttirol)

Was meint die Tiroler Zukunftsstiftung dazu?

Die Tiroler Zukunftsstiftung erwartet für die im Cluster Gesundheit in Osttirol beteiligten Unternehmen positive Effekte, die sich letztlich auch in regionale wirtschaftliche Effekte wie erhöhte Innovationskraft, Arbeitsmarkteffekte, Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und letztlich in Wertschöpfungseffekten niederschlagen sollten. Das Projekt beinhaltet vor allem auch Aspekte im Bereich Forschung, die – gemessen an den lokalen Rahmenbedingungen – besonders bemerkenswert sind. Universitätskontakte und erste, auch grenzüberschreitende Ideen, kooperativ-innovative Initiativen zu begleiten, belegen dieses Bestreben in hohem Maß. (Philipp Unterholzner, Tiroler Zukunftsstiftung, Bereich Gesundheit)

www.rmo.at



Foto: Vorstand und Geschäftsführung mit Antragsstellern Wirtschaftskammer Lienz und Regionsmanagement Osttirol



Die Planungsverbände stehen am Start

Gustav Schneider

Mit Beschluss vom 29.11.2005 hat die Landesregierung 36 Planungsverbände gebildet und die Satzungen für diese Gemeindeverbände erlassen. Die entsprechende Verordnung LGBl. Nr. 87/2005 ist am 16.12.2005 in Kraft getreten. Nun sind die Verbandsgemeinden gefordert, die nächsten Schritte zu setzen.

Hohe Erwartungen

In die neuen Planungsverbände werden von Seiten der Raumordnung hohe Erwartungen gesetzt. Die Tiroler Gemeinden arbeiten bereits jetzt in verschiedenen Aufgabenfeldern nutzbringend zusammen, mit den neuen Planungsverbänden

sollen die Zusammenarbeit und das regionale Denken auch im Feld der Raumordnung verstärkt werden. Den Regionen wird mit den Planungsverbänden erstmals eine Handlungsfähigkeit verliehen, wobei die verfassungsrechtlich verankerte Autonomie der Gemeinden gewahrt bleibt.

Vielfältige Aufgaben

Dem kompetenzrechtlichen Rahmen entsprechend werden den Planungsverbänden Aufgaben aus dem Wirkungsbereich des Landes übertragen, und sie werden im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden tätig. Im übertragenen Wirkungsbereich ist vorgesehen, dass die Planungsverbände an der Erarbeitung von Raumordnungsprogrammen oder -plänen für das Verbandsgebiet mitwirken. Im eigenen Wirkungsbereich können die Planungsverbände die Gemeinden in den Angelegenheiten der örtlichen Raumordnung unterstützen. Darüber hinaus können den Planungsverbänden auf Antrag auch einzelne weitere Aufgaben, z.B. auf baurechtlichem Gebiet zugewiesen werden.



36 Planungsverbände

Die Abgrenzung der 36 Planungsverbände erfolgte nach raumordnerischen Gesichtspunkten, wobei natürliche Gegebenheiten sowie wirtschaftliche und verkehrsmäßige Verflechtungen eine wesentliche Rolle spielen. Von ihrer Ausdehnung her sollten diese Planungsverbände so beschaffen sein, dass eine regionale Identifikation möglich ist. Zugleich sollen sie groß genug sein, dass sich in den verschiedenen Aufgabenbereichen Synergien einstellen. Um den tatsächlichen Bedingungen Rechnung zu tragen, wurde in Kauf genommen, dass in fünf Fällen die Abgrenzung des Planungsverbandes von der Bezirksgrenze abweicht.

Die unterschiedlichen räumlichen Verhältnisse in Tirol bringen es mit sich, dass die Planungsregionen hinsichtlich Anzahl an zusammengefassten Gemeinden und Bevölkerungszahl eine beträchtliche Bandbreite aufweisen: diese liegt zwischen

3 und 25 Gemeinden bzw. zwischen 2.800 und 37.500 Einwohnern je Planungsverband. Diese unterschiedlichen Verhältnisse erfordern in der konkreten Arbeit mit den Planungsverbänden eine differenzierte und flexible Vorgangsweise.

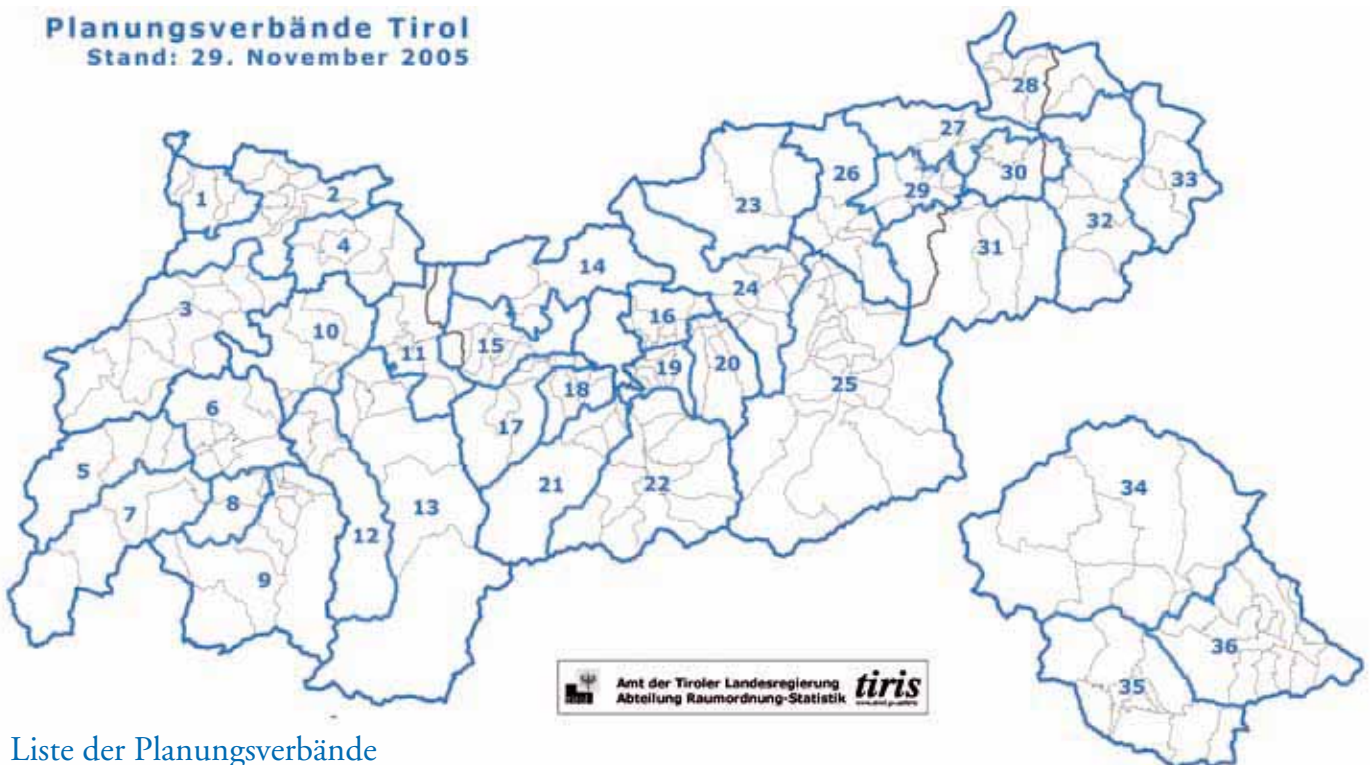
Die Abgrenzung der Planungsverbände erfolgte unter Einbindung der Gemeinden. Nach einer ersten Diskussionsrunde mit allen Bürgermeistern im Juni 2005 wurde den Gemeinden die Gelegenheit geboten, zum Abgrenzungsentwurf Stellung zu nehmen. Dabei wurde von den Gemeinden – abgesehen von einzelnen konkreten Änderungswünschen – ein hohes Maß an Zustimmung zum Vorhaben und zur getroffenen Abgrenzung signalisiert.

Planungsverband Innsbruck – Umland

Eine besondere Situation liegt in der Stadtregion Innsbruck vor. Zwischen der Landeshauptstadt und den umgebenden

Gemeinden bestehen vielfältige Verflechtungen jeder Art, und es sind zugleich beträchtliche Interessensgegensätze zu beobachten. In der Stadtregion sind daher eine Zusammenarbeit der Gemeinden und ein abgestimmtes regionales Handeln in besonderem Maße notwendig. Mit der Einrichtung eines Planungsverbandes „Innsbruck – Umland“ durch eine eigene Verordnung der Landesregierung, welche zu einem späteren Zeitpunkt erlassen wird, soll diesem Erfordernis Rechnung getragen werden. Dieser Stadtregionsverband wird neben der Stadt Innsbruck 27 Gemeinden des Bezirkes Innsbruck-Land, welche 4 verschiedenen Planungsverbänden angehören, umfassen. Es ist dies ein Organisationsgerüst, welches eine umfassende und zugleich flexible Bearbeitung der spezifischen Problemlagen der Stadtregion Innsbruck ermöglichen sollte. ■

www.tirol.gv.at/raumordnung



Liste der Planungsverbände

1 Tannheimertal	10 Imst u. Umgeb.	19 Südöstliches Mittelgebirge	28 Untere Schranne – Kaiserwinkl
2 Reutte u. Umgeb.	11 Innthal – Mieminger Plateau	20 Wattens u. Umgeb.	29 Wörgl u. Umgeb.
3 Oberes Lechtal	12 Pitztal	21 Stubaital	30 Wilder Kaiser
4 Zwischentoren	13 Ötztal	22 Wipptal	31 Brixental – Wildschönau
5 Stanzertal	14 Seefelder Plateau	23 Achenal	32 Leukental
6 Landeck u. Umgeb.	15 Telfs u. Umgeb. – Salzstraße	24 Schwaz – Jenbach u. Umgeb.	33 Pillerseetal
7 Paznauntal	16 Hall u. Umgeb.	25 Zillertal	34 Matrei u. Umgeb. – Deferegggen – Kals
8 Sonnenterrasse	17 Völs – Kematen – Sellrain	26 Brixlegg u. Umgeb.	35 Sillian u. Umgeb. – Villgraten – Tiliach
9 Oberes und Oberstes Gericht	18 Westliches Mittelgebirge	27 Kufstein u. Umgeb.	36 Lienz u. Umgeb.

Siedlungserweiterung für Harter Gemeindebürger in zentraler Lage

Hubert Höpperger

Während der Erstellung des Örtlichen Raumordnungskonzeptes war eine der zentralen Fragen Bauland zu vertretbaren Preisen auszuweisen. Darüber hinaus sollte dieses Baugebiet in zentrumsnaher Lage zu Kindergarten, Volksschule, Gemeindeamt und Kirche situiert werden.

Streusiedlungsgemeinde

Die Gemeinde Hart im Zillertal ist eine extreme Streusiedlungsgemeinde mit knapp 1.400 Einwohnern. Die verschiedenen Ortsteile wie Haselbach, Helfenstein, Niederhart, Holdernach liegen im

Talboden weit vom eigentlichen Ortszentrum entfernt. Hinzu kommt noch eine Vielzahl von kleinen Weilern, wie Seuling und Kleinhartberg. Allein das von der Gemeinde zu betreuende Strassennetz beträgt 72 km, und die höchstgelegenen Besiedlungen befinden sich in über 1000m Seehöhe.

Günstiges Bauland

Bürgermeister Johann Haun gelang es schlussendlich in enger Zusammenarbeit mit dem Tiroler Bodenfonds, Bauland in nur 200m fußläufiger Entfernung vom Gemeindezentrum anzukaufen. Der Gemeinderat nutzte die einmalige Chance, 25 Bauplätze ausschließlich für Harter Gemeindebürger zu sozial verträglichen Preisen zu erwerben. Der Grundpreis für die Einfamilienhäuser betrug nach Einrechnung aller Kosten, wie Vermessung, Bebauungsplanung, Infrastruktureinrichtungen, Wegebau etc. schlussendlich 88 Euro. Des Weiteren wurde auch eine kleine Terrassenwohnanlage mit 7 Einheiten integriert; der Kaufpreis für diese Fläche betrug 133 Euro. Der von der Wohnbauförderung höchstzulässige Preis für Hart liegt bei 195 Euro und





damit - in Anbetracht der attraktiven Hanglage - auch noch weit unter dem freien Marktpreis. Diese günstigen Grundstückspreise konnten nach zähen Verhandlungen nur erreicht werden, nachdem dem Grundeigentümer gleichzeitig Flächen im Anschluss zum freien Verkauf in das Örtliche Raumordnungskonzept aufgenommen wurden. Diesen Kompromiss konnte der Gemeinderat guten Gewissens eingehen, da die Infrastrukturkosten damit, auf den einzelnen Bauplatz bezogen, nochmals gesenkt werden konnten.

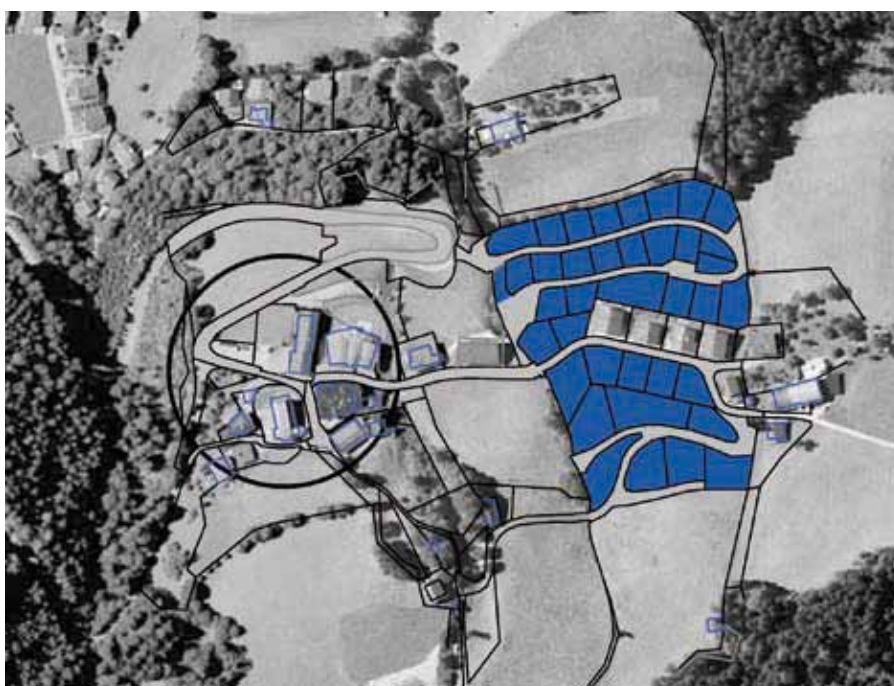
Verkehrs- und Bauplanung

Für das gesamte Areal wurde zuerst ein Straßenprojekt erstellt und in der Folge ein Allgemeiner Bebauungsplan sowie ein Parzellierungsvorschlag ausgearbeitet, der den Kriterien der Wohnbauförderung hinsichtlich der durchschnittlichen Parzellengröße entsprach. Für die einzelnen Bauabschnitte wurden anschließend ergänzende Bebauungspläne erlassen, welche auf Besonnung und Belichtung der kleinen durchschnittlichen Parzellengrößen von

384 m² Bedacht nahmen. So wurde auch die Mehrfamilienhausanlage der Hanglage entsprechend terrassiert ausgeführt.

Auf Grund der guten Voraussetzungen scheint es nicht verwunderlich, wenn das im Jahre 2002 begonnene Projekt heute bis auf einen Bauplatz verkauft ist und nur drei Bauplätze noch nicht bebaut sind. ■

www.tirol.gv.at/raumordnung



Automatisierte Landnutzungskartierung aus digitalen Orthofotos im Land Tirol

Jürgen Weichselbaum, Christian Hoffmann

Automatisiert erstellte Landnutzungsdaten aus Luftbildern stellen die aktuelle Nutzungsstruktur mit hoher Detailgenauigkeit dar. Diese Geoinformationen ermöglichen auf Basis regelmäßiger Neubefliegungen die Dokumentation und Analyse der Landschaftsentwicklung in Tirol.

Verfügbarkeit von digitalen Orthofotos im Land Tirol

Das Land Tirol verfügt über eine flächen-deckende Abdeckung des Landesgebiets mit hochauflösenden, digitalen Farborthofotos, welche in einer geometrischen

Auflösung von 25 cm vorliegen und aus Befliegungen der Jahre 1999 bis 2004 stammen. Orthofotos sind senkrecht zur Erdoberfläche aufgenommene, geometrisch entzerrte Luftbilder; das heißt, sie bilden die gesamte Landesfläche Tirols lagerichtig und in einem einheitlichen Bildmaßstab ab. Aus diesem Grund

bilden digitale Orthofotos für viele raumbezogene Fragestellungen eine wertvolle Informationsquelle, z.B. für die Raumplanung, bei der Planung von Straßen und sonstiger Infrastruktur oder bei Bestandsaufnahmen der Flächennutzung. Da die Orthofotos in digitaler Form vorliegen, können sie in Geographischen Informationssystemen (GIS) unmittelbar mit anderen Geodaten, z.B. mit den Widmungsgrenzen aus dem Digitalen Flächenwidmungsplan, überlagert werden.

Erstellung von Landnutzungsdaten aus Orthofotos

Um Aussagen über die Landnutzung eines Gebiets zu treffen, stehen nur wenige (statistische) Datengrundlagen zur Verfügung, die sich zum Teil durch mangelnde Aktualität oder durch eine zu geringe thematische und räumliche Informationstiefe charakterisieren. Im Gegensatz zu aggregierten statistischen Flächenbilanzen liegen Landnutzungsdaten aus Orthofotos „räumlich explizit“ vor, d.h. es können auch Verteilungsmuster innerhalb von Gebietseinheiten, z.B. Gemeinden, untersucht werden. Damit können Aussagen über die Landschaftsstruktur eines Gebietes oder über Struktur und Ausdehnung einzelner Landnutzungs-



typen getroffen werden, die wiederum für verschiedenste Fachbereiche der Landesverwaltung von Bedeutung sind.

Die in Innsbruck ansässige GeoVille GmbH hat sich auf großflächige, automationsgestützte Auswertungen von Orthofotos und Satellitendaten spezialisiert. Für die automatisierte Auswertung von hochauflösenden digitalen Orthofotos haben sich in den letzten Jahren – und als Weiterentwicklung zur klassischen pixelbasierten Bildauswertung – objektorientierte Klassifikationsansätze etabliert.

Pilotprojekt „Automatisierte Orthofotoauswertung“

Im Auftrag des Amtes der Tiroler Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Statistik, hat GeoVille automatisierte Landnutzungskartierungen auf Basis der 25cm-Orthofotos durchgeführt. Die resultierenden Geodaten schichten bilden die Landnutzung auf zwei Ebenen ab:

- Ebene 1 – Flächendeckende Darstellung der generellen Landnutzung
- Ebene 2 – Vertiefende Differenzierung von bebauten Flächen mit Einzelgebäudeerfassung

Nachstehendes Diagramm gibt einen Überblick über alle Klassen der Landnutzungskartierungen.

Die kleinste kartierte Einheit in den Landnutzungsdaten beträgt 25 m². Dies bedeutet, dass alle Flächen ab einer Flächenausdehnung von 25 m² in die Kartierung aufgenommen werden. Bis heute existiert

kein vergleichbarer flächendeckender und aktueller Datensatz zur Landnutzung mit einer derart hohen Auflösung und Informationstiefe.

Methodenentwicklung und Qualitätsprüfung erfolgten in zwei ausgewählten Testgebieten in den Gemeinden Hall und Lans. Als Qualitätsanspruch wurde im Vorfeld gemeinsam mit dem Auftraggeber eine thematische Genauigkeit von mindestens 95 % für die gesamte Landnutzungskartierung und von mindestens 90 % für jede Einzelklasse (z.B. Klasse „Gebäudeflächen“) festgelegt. Alle Qualitätsanforderungen konnten im Zuge des Pilotprojektes mit dem Verfahren erfüllt werden.

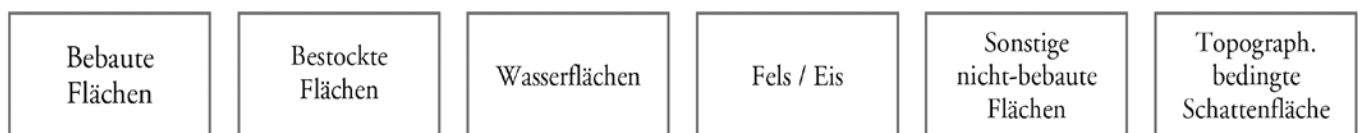


Um aus den digitalen Orthofotos Landnutzungsdaten mit entsprechender thematischer Genauigkeit zu erstellen, wurde die von GeoVille entwickelte Prozesskette RegioCover auf die Orthofotos des Landes Tirol optimiert. Alle für die automatisierte Auswertung der digitalen Orthofotos notwendigen Parameter und Verarbeitungsschritte werden dabei in einem „Regelwerk“ gespeichert, welches in einer vierstufigen Verarbeitungskette auf die Orthofotos angewendet wird:

- Bildvorverarbeitung zur Vorbereitung der Orthofotos auf den Auswertungsprozess
- Objektorientierte Bildauswertung: vollautomatische geometrische Abgrenzung der zu erfassenden Landschaftsobjekte (Bildsegmentierung) und thematische Zuweisung der Bildobjekte zu einer Landnutzungs-kategorie (Bildklassifizierung)
- Nachverarbeitung zur Prüfung und Korrektur der automatischen Klassifizierung, um eine einheitliche Qualität über den gesamten Datensatz zu gewährleisten
- Qualitätskontrolle: Nachweis der Qualität und der statistischen Signifikanz der Landnutzungsdaten mittels Referenzpunktstichproben und Plausibilitätsprüfungen

Das Ergebnis bilden digitale Geodaten zur Landnutzung, die im Landeskoordinatensystem vorliegen und somit direkt in ein Geographisches Informationssystem integriert werden können.

➤ Generelle Landnutzung – Ebene 1



➤ Differenzierung bebauter Flächen – Ebene



Mindestobjektgröße für alle Klassen: 25 m²
Thematische Genauigkeit der Kartierung: 95 %



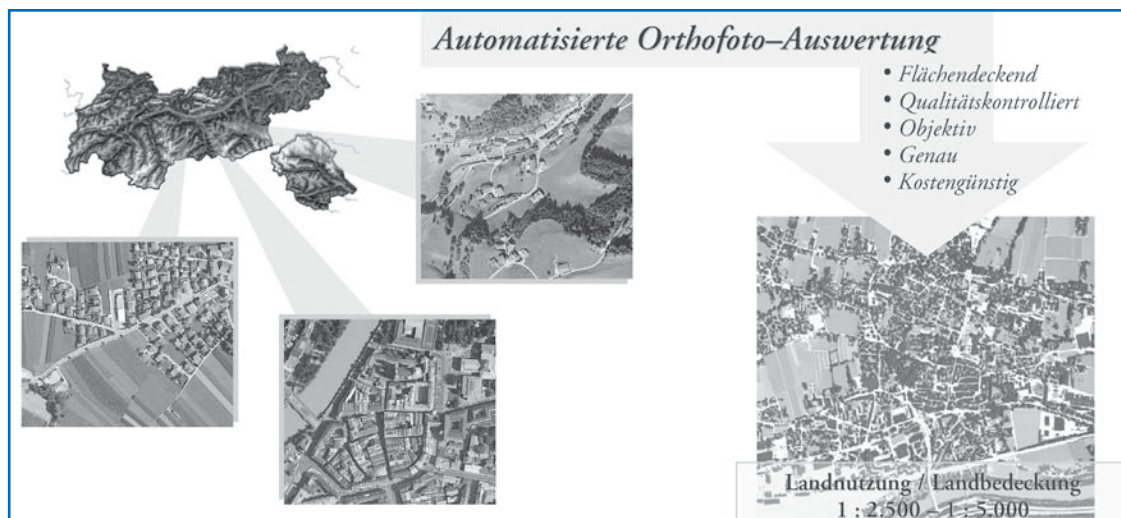
Nutzen und Informationsgewinn für das Land Tirol

Die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt zeigen, dass das Verfahren eine zeitsparende und kostengünstige Alternative zu manuellen Bildauswertungen darstellt. Im Vordergrund steht dabei die Möglichkeit zur Ableitung von statistisch abgesicherten Flächenbilanzen für größere Gebiete, wie z.B. einzelne Gemeinden oder Bezirke.

aufwand für langwierige, subjektive Interpretationsarbeiten verringert und die Produktion der Landnutzungsdaten dadurch beschleunigt. Gleichzeitig wird durch die Erhöhung des Automatisierungsgrades und aufgrund der einheitlichen Anwendung des „Regelwerks“ eine höhere Objektivität und Wiederholbarkeit der Auswertung erreicht, was wiederum eine wichtige Vorbedingung für die Erstellung von Zeitreihen der Landnutzung darstellt.

Ausblick

Das Land Tirol plant regelmäßige Neubeauftragungen des Landesgebietes in Intervallen von etwa 5 Jahren. Langfristig eignet sich die Methode, aktuelle und vergleichbare Landnutzungsdaten für größere Gebiete zu erstellen. Dadurch ist es erstmals möglich, Status und Entwicklung der Landschaft im Land Tirol mit genauen und statistisch zuverlässigen Landnutzungsdaten aus Orthofotos zu dokumentieren.



Auf Basis dieser zyklischen Aufnahmen lässt sich bei einer wiederholten zukünftigen Anwendung ein kontinuierliches Monitoring der Landnutzung etablieren. Ein derartiges Landnutzungsmonitoring ermöglicht die zukünftige Beantwortung von komplexen Fragestellungen vor allem

Im Vergleich zu vorhandenen Datengrundlagen zur Landnutzung besteht der wesentliche Informationsgewinn in der erhöhten geometrischen und thematischen Genauigkeit. Die Ergebnisse unterliegen einer strengen und flächendeckenden Qualitätskontrolle, wobei laufende Plausibilitätsprüfungen und statistische Kontrollverfahren mit Referenzdaten die Übereinstimmung mit den Qualitätsanforderungen garantieren. Durch die automatisierte Auswertung wird der Arbeits-

bezüglich der Landschaftsentwicklung. Die aus den Orthofotos extrahierten Geodaten zur Landnutzung können direkt in das landeseigene Geographische Informationssystem eingebunden werden und stehen folglich für vielfältige Anwendungen, u.a. im Bereich der Raumplanung (z.B. für die Analyse von Baulandreserven), des Forstwesens (z.B. für Belange der Schutzwaldwirtschaft) oder für landschaftsökologische Fragestellungen zur Verfügung. ■

GeoVille

GeoVille GmbH

Dr. Christian Hoffmann
Mag. Jürgen Weichselbaum

6020 Innsbruck
info@geoville.com

www.geoville.com

Autorenverzeichnis

Elmar Berktold

Dr., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Michael Brandl

Dr., Büro Landeshauptmann, Amt der Tiroler Landesregierung

Andrea Fink

Mag., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Liebgard Fuchs

Mag., Regionsmanagement Osttirol, Lienz

Helmut Hiess

Dipl.-Ing., Rosinak & Partner, Ziviltechniker, Wien

Christian Hoffmann

Dr., GeoVille GmbH, Innsbruck

Anna Hosp

Dr., Landesrätin für Raumordnung der Tiroler Landesregierung

Hubert Höpperger

Dipl.-Ing., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Manfred Kaiser

Mag., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Franz Rauter

Mag., Vorstand der Abteilung Raumordnung-Statistik,
Amt der Tiroler Landesregierung

Manfred Riedl

Dipl.-Ing., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Gustav Schneider

Mag., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Jürgen Weichselbaum

Mag., GeoVille GmbH, Innsbruck

Bildernachweis (ohne Passfotos)

Titelseite "Roppen" Fotoarchiv der Abteilung Raumordnung-Statistik

Seite 6, 30 Europäische Union;

Seite 8, 9, 14, 20, 27, 29, 34, 36 MEV;

Seite 12 Ford Werke;

Seite 8, 16, 32, Tirol Werbung;

Seite 35 Regionsmanagement Osttirol;

alle restlichen Bilder Fotoarchiv der Abteilung Raumordnung-Statistik

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

